



## 12. Stadtratsprotokoll / 12<sup>ème</sup> *procès-verbal du Conseil de ville*

**Sitzung vom Mittwoch, 20. Oktober 2010, 18.00 Uhr**  
***Séance du mercredi 20 octobre 2010 à 18 heures***

**Ort: Aula Primarschule Neumarkt, Logengasse 2**  
***Lieu: Aula de l'école primaire du Marché-Neuf, rue de la Loge 2***

---

### **Anwesend / *Présents:***

Olivier Ammann, Marc Arnold, Dana Augsburg-Brom, Niklaus Baltzer, Isabelle Blättler, Paul Blösch, Andreas Bösch, Barbara Chevallier, Pablo Donzé, Samantha Dunning, René Eschmann, Monique Esseiva, Pascal Fischer, Charlotte Garbani, Pierre-Yves Grivel, Samuel Grünenwald, Christoph Grupp, Nathan Güntensperger, Roland Gurtner, Hanspeter Habegger, Markus Habegger, Rudolf Habegger, Werner Hadorn, Peter Isler, Stefan Kaufmann, Hans-Ulrich Köhli, Thomas Lachat, Kerstin Lehniger, Teres Liechti Gertsch, Fiorella Linder, Christian Löffel, Claire Magnin, Ali Menekse, Peter Mischler, Émilie Moeschler, Franziska Molina, Michèle Morier-Genoud, Cédric Némitz, Alain Nicati, Pierre Ogi, Maurice Paronitti, Alain Pichard, Hugo Rindlisbacher, Daphné Rüfenacht, Martin Rüfenacht, Martin Scherrer, Béatrice Sermet-Nicolet, Fatima Simon, Heidi Stöckli Schwarzen, Salome Strobel, Daniel Suter, Andreas Sutter, Anna Tanner, Ariane Tonon, Martin Wiederkehr, Max Wiher

### **Entschuldigt / *Absence(s) excusée(s):***

Urs Brassel, Patrick Calegari, Caroline Jean-Quartier, Peter Moser

### **Vertretung des Gemeinderates / *Représentation du Conseil municipal:***

Stadtpräsident Hans Stöckli

Gemeinderätinnen/Gemeinderäte François Contini, Erich Fehr, Hubert Klopfenstein, Pierre-Yves Moeschler, René Schlauri, Barbara Schwickert, Silvia Steidle

### **Entschuldigt Gemeinderat / *Absence(s) excusée(s) du Conseil municipal:***

-

### **Vorsitz / *Présidence:***

Herr Stadtratspräsident Thomas Lachat

### **Sekretariat / *Secrétariat:***

Regula Klemmer, Ratssekretärin

<b>Behandelte Geschäfte / <i>Affaires traitées</i></b>	<b>Seite/Page</b>
191. Genehmigung der Traktandenliste .....	523
192. Mitteilungen Stadtratsbüro .....	523
• Fristverlängerungen.....	523
• Abrechnungen in der Kompetenz der GPK .....	524
193. Protokollgenehmigung .....	524
194. 20100013 Ersatzwahl in die deutsche Schulkommission.....	524
195. 20060434 Abbau des Arbeitsüberhangs beim Stadtarchiv / befristete Schaffung von zwei Stellen als Dokumentalistin/Dokumentalist / Schaffung einer definitiven Stelle Adjunktin/Adjunkt .....	524
196. 20100265 Stellenschaffungen / Stellenstreichungen per 1.1.2011 .....	538
197. Begründung der Dringlichkeit Motion 20100302 Eschmann "Rasche Renovation und Eröffnung des Ausflugsrestaurants «Schützenhaus»" .....	545
198. Begründung der Dringlichkeit Postulat 20100303 Nicati "Stadtratssaal in der Burg" .....	545
199. Begründung der Dringlichkeit überparteiliche Motion 20100301 Stefan Kaufmann, Forum Biel/Bienne, Max Wiher, GLP "Untersuchung Vorkommnisse im Erwachsenen- und Jugendschutz" .....	546
200. Begründung der Dringlichkeit überparteiliche Interpellation 20100304 Stefan Kaufmann, Forum Biel/Bienne, Max Wiher, GLP "Vorkommnisse beim Erwachsenen- und Jugendschutz" .....	546
196. 20100265 Stellenschaffungen / Stellenstreichungen per 1.1.2011 (Fortsetzung).....	546
201. 20090024 Volkshochschule Leistungsvertrag / Verpflichtungskredit .....	560
202. 20100045 Voranschlag 2011 .....	561
• Eintretensdebatte .....	561
203. Neueingänge.....	571

**Lachat Thomas, Stadtratspräsident:** Ich begrüsse den Stadtrat herzlich zur heutigen Sitzung. Ich möchte heute das Traktandum "Voranschlag 2011" fertig beraten. Die Pause wird wie üblich um ungefähr 19.45 Uhr angesetzt.

Auf Ihren Pulten liegt ein Änderungsantrag der Grünen auf (grünes Blatt). Auf dem Pult des Weibels liegen zudem gelbe Zettel auf. Diese sind für schriftliche Änderungsanträge im Verlauf der Budgetdebatte vorgesehen. Ich bin sehr froh, wenn ich alle Anträge schriftlich erhalte mit Angabe der Seitenzahl und der betreffenden Kontonummer.

Ich teile ferner mit, dass anlässlich der Stadtratssitzung vom 18. November 2010 wiederum eine Fragestunde stattfinden wird. Die Fragen dazu müssen dem Ratssekretariat bis 4. November 2010 vorliegen.

### **191. Genehmigung der Traktandenliste**

**Lachat Thomas, Stadtratspräsident:** Die GPK beantragt, Traktanden 5 und 6 auszutauschen, das heisst also:

- Traktandum "Abbau des Arbeitsüberhangs beim Stadtarchiv / befristete Schaffung von zwei Stellen als Dokumentalistin/Dokumentalist / Schaffung einer definitiven Stelle Adjunktin/Adjunkt" vor dem
- Traktandum "Stellenschaffungen / Stellenstreichungen per 1.1.2011" zu behandeln.

**Die Traktandenliste wird mit dieser Änderung stillschweigend genehmigt.**

### **192. Mitteilungen Stadtratsbüro**

#### **Fristverlängerungen**

**Klemmer Regula, Ratssekretärin:** Das Stadtratsbüro hat mittels Zirkularbeschlüssen für folgende Vorstösse Fristverlängerung beschlossen:

- Überparteiliches dringliches Postulat 20100226, Anna Tanner, SP, Daphné Rüfenacht, Grüne Biel, Nathan Güntensperger, GLP, Roland Gurtner Passerelle, "Beitritt zum Solidaritätskomitee "MÜHLEBERG-Ver-Fahren" gegen das Atomkraftwerk Mühleberg" bis 15./16. Dezember 2010
- Motion 20100152, Daphné Rüfenacht, Fraktion Grüne Biel, "Berghaus" bis 24. Februar 2011

## **Abrechnungen in der Kompetenz der GPK**

**Klemmer Regula, Ratssekretärin:** Die GPK hat anlässlich ihrer Sitzung vom 14. Oktober 2010 die beiden Abrechnungen der Verpflichtungskredite 20070048 und 20070049 Viaduktstrasse / Neubau Brücken über Schüsskanal und Biel-Schüss der Baudirektion mit folgenden Bemerkungen verabschiedet:

Die GPK stellte fest, dass beide Nachkredite zu spät beantragt wurden, Arbeiten bzw. Ausgaben bereits vor Genehmigung des Verpflichtungskredits durch das zuständige Organ getätigt wurden und (allerdings im Einverständnis mit der Finanzverwaltung) Buchführungsvorschriften verletzt wurden.

Die GPK erwartet, dass solche Fälle in Zukunft nicht mehr vorkommen. **Anschliessend genehmigte sie die beiden Abrechnungen in eigener Kompetenz einstimmig.**

### **193. Protokollgenehmigung**

**Klemmer Regula, Ratssekretärin:** Das Ratssekretariat wurde von der Sicherheitsdirektion darauf aufmerksam gemacht, dass in den Anhängen zum Protokoll Nr. 7 vom 10. Juni 2010 das überparteiliche Postulat 20090429 "Rechtsform ESB" fehlt. Da dieses dem Bericht des Gemeinderats mit der gleichen Nummer beigelegt wurde, verzichtete das Ratssekretariat absichtlich darauf, dieses Postulat im Anhang nochmals aufzuführen. Trotzdem danke für den Hinweis.

**Das Protokoll Nr. 7 wird vom Rat stillschweigend genehmigt.**

### **194. 20100013 Ersatzwahl in die deutsche Schulkommission**

Anstelle der demissionierenden Frau Rahel Schweiter Cacciabue wird auf Vorschlag des Elternrats gewählt:

**Frau Barbara Müller Thalmann**, Juravorstadt 39, 2502 Biel.

### **195. 20060434 Abbau des Arbeitsüberhangs beim Stadtarchiv / befristete Schaffung von zwei Stellen als Dokumentalistin/Dokumentalist / Schaffung einer definitiven Stelle Adjunktin/Adjunkt**

**Bösch Andreas, GPK:** Ich hoffe, der Stadtrat verzeiht mir eine gewisse Befangenheit zu diesem Thema. Als Informationsspezialist gehöre ich der gleichen Berufsgruppe an wie die Archivarinnen und Archivare und hege bei diesem Thema eine gewisse Emotionalität. Deshalb hoffe ich auch, dass mir bei diesem Geschäft der heilige Laurentius beisteht. Er ist der Schutzpatron der ArchivarInnen und der

BibliothekarInnen. Gleichzeitig ist er aber auch Schutzpatron der KöchInnen, der WirtInnen, der SchülerInnen und StudentInnen, der GlaserInnen, den WäscherInnen, den KonditorInnen, der BierbrauerInnen, der Feuerwehr und der Weinberge. Nun aber zum nüchternen Teil dieses Geschäfts.

Die Eckwerte der Materie konnten dem Bericht entnommen werden. Es herrscht ein sehr grosser Handlungsbedarf. Dieser ist ausgewiesenermassen nicht erst seit gestern vorhanden. Bis 1993 wurden nur die historischen Archivbestände bearbeitet. Diese Bestände gelten übrigens als sehr wertvoll. Die laufenden Akten aber wurden nicht bearbeitet. Die jetzige Archivarin stellte sich diesem Problem. Dabei handelt es sich aber um eine Monsteraufgabe, die für eine Person schlicht unlösbar ist. 2150 Laufmeter Akten sind unbearbeitet und nur rudimentär erfasst. Sie lagern in Kartonkisten in den Stadtarchiven. Stellen Sie sich das einmal vor: Ein Regal entlang der Schüss von der Omega bis zum Gymnasium vollgestopft mit Unterlagen! Auf einem Laufmeter haben 12 Bundesordner Platz. Bei 2150 Laufmetern handelt es sich also um unglaubliche 25'800 Ordner! All diese Akten müssen nun aufgearbeitet werden. Dabei darf nicht vergessen werden, dass jährlich zusätzlich 60 Laufmeter neue Akten, vor allem aus der Verwaltung, neu ins Archiv kommen. Mit der jetzigen Stellenbesetzung ist diese Aufgabe schlicht unlösbar. Wie im Bericht erwähnt, kann die Archivarin heute jährlich 17 Laufmeter aufarbeiten. Für die Aufarbeitung der 2150 Laufmeter hätte sie also über 125 Jahre! Dies ohne die jährlichen Neuzugänge an Akten zu berücksichtigen. Das Führen des Archivs ist eine gesetzliche Vorgabe. Es handelt sich nicht um ein "nice to have", die Stadt muss dies tun.

Mit vorliegendem Geschäft soll eine Stelle für eine hochqualifizierte Person geschaffen werden, die das Projekt führt und plant. Die Aufarbeitung soll drei Jahre dauern. Nach Ablauf dieser drei Jahre soll diese Person das Geschäft weiterführen und ein Projekt für die Einführung einer elektronischen Archivierung aufgleisen. Dies ist ebenfalls ein sehr wichtiges Thema. Daneben werden zwei auf drei Jahre befristete Stellen für Berufsleute geschaffen. Diese DokumentalistInnen sollen den ganzen Bestand aufarbeiten. Dabei handelt es sich nicht nur um Fleissarbeit. Es muss ein Registraturplan erstellt, die Dokumente gesichtet und beurteilt und Ordnung geschaffen werden. Diese Aufarbeitung macht zudem Sinn, da das Archiv künftig zentralisiert werden soll. Ein Umzug ist auch eine Chance, aufzuräumen und strukturiert zu ordnen. Wie dem Bericht zu entnehmen ist, genügen die heutigen Archivräume den Anforderungen in mehrfacher Hinsicht nicht. Teilweise entsprechen sie nicht einmal den gesetzlichen Normen. Sollte der Umzug des Archivs zusammen mit der Realisierung des Projekts Struktur Biel 2013 und Esplanade erfolgen, könnten drei Probleme auf einmal gelöst werden: das Problem der ungenügenden Archivräume, das der fehlenden Erschliessung des Archivgutes und Schaffung von Reserve für Archivräume. Der GPK ist es ein wichtiges Anliegen, den Gemeinderat darauf hinzuweisen, dass frühzeitig auch Alternativen zum Projekt Esplanade für ein zentrales Archiv gesucht werden müssen. Dies im Hinblick darauf, dass das Verwaltungsgebäude Esplanade unter Umständen mit erheblicher Verzögerung oder gar nicht realisiert werden kann. Die ungenügende Raumsituation des Stadtarchivs sollte so rasch als möglich angegangen werden. Die GPK empfiehlt einstimmig die Annahme dieses Geschäfts.

**Paronitti Maurice, au nom du Groupe Forum:** Après avoir examiné cet objet, le Groupe Forum vous propose de renvoyer cette affaire. La raison principale est que

notre groupe veut être conséquent et logique avec ses prises de position, dont il fait depuis plusieurs années, c'est-à-dire de ne pas augmenter les postes administratifs, tant que la situation financière est défavorable. Dans les conditions budgétaires actuelles, nous ne pouvons pas nous permettre de créer trois postes aux Archives municipales, même si ceux-ci sont de durée limitée. Cette limitation est de trois ans et la dépense est importante, même si nous considérons que la situation actuelle est difficile.

Concernant l'objet, même si la situation était favorable à ces dépenses, le Groupe Forum aurait quelque peine à suivre le Conseil municipal. Avec tout le respect pour le travail de l'archiviste municipale, c'est avec étonnement que nous avons pris connaissance de la situation. Plus de deux kilomètres d'archives doivent être mis en valeur. Lorsque l'archiviste municipale, dans le cadre de son mandat, ne peut mettre en valeur que 17 mètres par année de ces documents, on se demande pourquoi le Conseil municipal a attendu jusqu'à aujourd'hui pour nous faire part du problème. Il semble que ces faits sont connus depuis 2006. Cela fait quatre ans, après un premier examen de la situation voici 14 ans. Le Groupe Forum trouve problématique, que rien n'ait été entrepris durant quatre ans et que tout à coup, il faut créer trois postes. Devant cette philosophie du "hâte-toi lentement", on peut se demander s'il y a véritablement urgence, d'autant plus qu'il est écrit dans ce rapport, que l'archiviste municipale a procédé à un rangement sommaire de ces documents en attente et qu'elle est en tout temps capable de retrouver dans cette masse, des documents qu'on lui demanderait. Il paraît qu'elle a une vue d'ensemble suffisante.

Le Groupe Forum pense qu'il est plus raisonnable d'explorer des solutions technologiques existantes, permettant de faciliter la mise en valeur des archives, avec un minimum de personnel. Imaginez-vous deux kilomètres à ranger pour deux documentalistes, c'est un travail inhumain. Ce que des grandes entreprises font au niveau de leurs archives devrait être possible dans l'Administration biennoise. À notre avis, à long terme, la solution est dans la technique et non pas dans la création systématique de postes de travail. Le Conseil municipal dit lui-même, dans ce rapport, que l'Administration lancera un projet ad hoc d'archivage électronique ces prochaines années. Pourquoi attendre et ne pas lancer ce projet immédiatement? Le Groupe Forum pense, que le Conseil municipal doit réétudier ce dossier dans ce sens. Cela éviterait d'engager autant de personnel supplémentaire.

Enfin, pour le Groupe Forum, les motifs de la nécessité de la nomination d'un adjoint ou d'une adjointe à l'archiviste municipale restent obscurs, car le descriptif du cahier des charges de cette nouvelle personne semble rigoureusement identique à celui de l'archiviste elle-même, mais cela dans l'optique d'un hypothétique déménagement dans un bâtiment central, qui n'existe pas encore. Dans ces conditions, pourquoi créer des doublons financièrement lourds? Pour toutes ces raisons, le Groupe Forum recommande de renvoyer le dossier et de ne pas créer ces postes de travail aujourd'hui. Merci de votre attention.

**Liechti Gertsch Teres, SP:** Ich gehe davon aus, dass der Rückweisungsantrag abgelehnt wird und danach noch vernünftig und gehaltvoll über das Dossier gesprochen werden kann. Trotzdem möchte ich den Rückweisungsantrag hier bekämpfen. Ich kann die Stellungnahme der Fraktion Forum nicht nachvollziehen. Es

wäre verständlich, wenn die Argumentation ausschliesslich finanzieller Natur wäre. Schliesslich wurde eine Motion eingereicht, welche ein Moratorium für neue Stellen verlangt. In diesem Sinn wäre es verständlich, wenn die Fraktion Forum nun keine Stellen schaffen möchte, egal ob es vernünftig ist oder nicht. Wenn die Fraktion Forum nun aber behauptet, diese Stellenschaffung sei obskur und es sei noch nie darüber gesprochen worden, frage ich mich, was sie denn letztes Jahr während der Budgetdebatte tat. Die GPK erklärte damals die Situation im Stadtarchiv und beantragte eine Stellenschaffung. Bitte seien Sie nun nicht so heuchlerisch und sagen, Sie hätten nichts gewusst und Sie fragten sich, weshalb die Arbeiten derart aufgeschoben wurden. Hinter diesem Geschäft steht eine Leidensgeschichte von fast sechs Jahren! Weil die Exekutive so lange beratungsresistent war und die GPK mit ihren Argumenten nichts ausrichten konnte, häufte sich der Arbeitsüberhang dermassen an. Es kann nun nicht gesagt werden, dies sei einfach so geschehen und niemand hätte etwas gewusst. Diese Aussage ist zynisch und ich bin fassungs-, zum Glück aber nicht sprachlos. Ich bitte den Stadtrat, diesen Rückweisungsantrag entschieden abzulehnen.

**Bösch Andreas, Grüne Biel:** Es fällt mir sehr schwer, zu diesem Rückweisungsantrag der Fraktion Forum etwas zu sagen, da kein Argument formuliert wurde. Bisher verstand ich unter Rückweisungsantrag, dass ein Geschäft an den Gemeinderat zurückgewiesen wird mit Auflagen, was geändert werden soll. Im vorliegenden Fall wurden aber keine Auflagen erwähnt. Es wurde ausschliesslich gesagt, es seien keine neuen Stellen erwünscht, es sei lange nichts passiert und deshalb solle jetzt noch länger nichts passieren. Ich weiss nicht, wie ich einer Rückweisung zustimmen könnte. Das einzige - was vielleicht zwischen den Zeilen angesprochen wurde - ist das Thema der technischen Erfassung. Gerne diskutiere ich mit dem Archivexperten der Fraktion Forum über dieses Thema, dies vielleicht aber lieber unter vier Augen. Ich weiss nicht, was sich die Fraktion Forum vorstellt. Die Akten für das elektronische Archiv sind nicht in einem solchen Zustand, dass sie Google zum automatischen Einscannen gegeben werden könnten. Es ist auch nicht so, dass nach dem Einlesen der ganze Text (mitsamt Registraturplan und Thesaurus) automatisch erfasst wird. Vielleicht sollte sich die Fraktion Forum die Akten im Archiv anschauen gehen. Es bedeutet eine Riesenarbeit, aus dieser ungeordneten Ablage ein strukturiertes Archiv zu erstellen. Wie gesagt, finde ich keine Begründung für die Rückweisung. Ich habe kein Verständnis für Aussagen, welche über das Finanzielle hinausgehen.

**Lachat Thomas, Stadtratspräsident:** Es ist genau so, wie Herr Bösch gesagt hat. Die Fraktion Forum muss begründen, weshalb sie Rückweisung dieses Geschäfts beantragt.

**Stöckli Hans, Stadtpräsident:** Ich verweise auf Art. 52 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Stadtrats von Biel (SGR 151.21). Dieser sagt: *"Wer Rückweisung eines Geschäftes verlangt, hat anzugeben, in welchem Sinne die Überarbeitung erfolgen soll."* Dies tat der Sprecher der Fraktion Forum bisher nicht. Ich gehe davon aus, dass die Fraktion Forum eher eine Ablehnung als eine Rückweisung beabsichtigte. Entweder muss also nun genau angegeben werden, wie der Gemeinderat das Geschäft überarbeiten soll oder der Rückweisungsantrag muss zurückgezogen werden. Danach kann das Geschäft ganz oder teilweise abgelehnt werden. Es gibt ja die Möglichkeit, dass über alle Stellen einzeln diskutiert wird.

**Paronitti Maurice, au nom du Groupe Forum:** Après avoir consulté mes camarades, je tiens à préciser que l'idée était de renvoyer cette affaire pour un nouvel examen, dans le sens que cela éviterait d'engager autant de personnel supplémentaire aux Archives municipales, en combinant les apports technologiques et un minimum de personnel. Par conséquent, je retire la demande faite précédemment.

**Grupp Christoph, Fraktion Grüne Biel:** Die Fraktion Grüne steht hinter den Erläuterungen des GPK-Sprechers. Sie ist der Ansicht, dass der Bedarf, das Archivgut aufzuarbeiten, absolut unbestritten ist. Wie gesagt, handelt es sich um einen gesetzlichen Auftrag. Deshalb finde ich es erstaunlich, dass diese Stellenschaffungen von einem Juristen in Frage gestellt werden. Es ist klar, dass diese Arbeit getan werden muss. Aus den Erläuterungen im Bericht wird auch ersichtlich, dass dies im heutigen Rahmen nicht realisierbar ist. Deshalb müssen Stellen geschaffen und Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Ich finde es sehr heikel, wenn die Fraktion Forum behauptet, sie hätte davon noch nie etwas gehört. In der letztjährigen Budgetdebatte wurde dieses Problem bereits diskutiert und die Fraktion Forum half damals mit, dass keine neuen Stellen geschaffen wurden. Während der damaligen Debatte sagte der Stadtpräsident, er sei erstaunt, dass im Archiv neue Stellen nötig seien. Der jetzige Bericht fordert nun das Gegenteil und geht in die Richtung, welche die Fraktion Grüne bereits damals einschlug. Das letztjährige Votum des Stadtpräsidenten endete übrigens mit dem Satz, dass das Problem beim Stadtarchiv durch den Gemeinderat angegangen werde. Somit hat er nun ein Versprechen eingelöst. Die Fraktion Grüne unterstützt diese Stellenschaffungen und empfiehlt die Zustimmung zu diesem Geschäft.

**Pichard Alain, Fraktion GLP:** Die Fraktion GLP hat ein gewisses Verständnis für das Anliegen der Fraktion Forum. Dieses Geschäft hat ja eine Vorgeschichte. Die Fraktion GLP stellte die Probleme beim Stadtarchiv bereits vor anderthalb Jahren mittels Interpellation 20090189, "Stadtarchiv" zur Diskussion. Wie ich zugeben muss, war dies nicht ganz glücklich. Deshalb möchte ich nun noch erklären, wie es damals zur Interpellation kam:

Die Fraktion GLP wurde von Mitgliedern des mémrég (mémoire régionale) angegangen. Es wurden Klagen über das Stadtarchiv geäußert, welche sich nicht nur auf die Ressourcen bezogen, sondern auf die Person. So wurden gravierende Mängel beim Kundendienst festgestellt. Diese Klagen übernahm ich nicht einfach unbeschrieben, sondern ging damit zu bekannten Stadthistorikern, welche die Vorwürfe bestätigten. Das Stadtarchiv werde auf inadäquate Art und Weise geführt. Danach ging ich zum ehemaligen Stadtschreiber und fragte auch ihn nach seiner Meinung. Dieser sagte, das Stadtarchiv sei Gegenstand einer Untersuchung gewesen, worauf ein Bericht verfasst worden sei, welcher viele relevante Antworten gegeben habe. Zudem sagte er, die Stadt verfüge über keine Personalführungspolitik und im Stadtarchiv liege ein Personalproblem vor. Er empfehle mir, eine Interpellation einzureichen. Die Fraktion GLP diskutierte diese Aussagen und kam zum Schluss, eine solche einzureichen. Die Vorwürfe betreffend Kundendienst waren darin enthalten. Es wurde aber auch anderes gefragt: Besteht ein Pflichtenheft? Ist die korrekte Lagerung der Dokumente gewährleistet? Diese Fragen wurden also bereits in der Interpellation gestellt. Diese Interpellation löste in der Folge ein grosses Trara aus. Die GPK bezeichnete sie als Frechheit und die Fraktion GLP wurde gebeten, sie



zurückzuziehen, da sie die persönliche Integrität der Amtsinhaberin verletze. Als neuer Parlamentarier kam ich dem selbstverständlich nach. Es war nie meine Absicht, irgendjemanden zu verletzen. Vielmehr sollten Probleme angesprochen werden. Frau Liechti Gertsch sagte mir, ich hätte mit meiner Interpellation viel ausgelöst. Kurz darauf stellte die GPK während der Budgetdebatte einen Antrag auf Stellenschaffung im Stellenarchiv. Ich glaube, es ging um einen Kredit, nicht um eine Stellenschaffung. Das habe ich nicht mehr genau im Kopf. Der Stadtrat wusste nichts über diesen Bericht. Er war einfach plötzlich da. Der Gemeinderat selber empfahl die Stellenschaffung zur Ablehnung. Die Fraktion GLP sagte sich darauf, sie wolle nichts annehmen, was der Gemeinderat selber ablehnt.

Nun hat der Gemeinderat dieses Thema mit einem sehr interessanten Bericht aufgearbeitet und ich sehe nun ein, dass im Stadtarchiv ein klares Ressourcenproblem vorliegt. Es besteht aber auch ein Problem bezüglich der Lagerung der Bestände. Auch wenn Gesetze vorhanden sind, entbindet dies den Stadtrat nicht von der Pflicht, Abläufe zu kontrollieren und möglicherweise die Effizienz zu steigern. Einer der mir zugetragenen Vorwürfe war, dass sich die gegenwärtige Amtsinhaberin auch mit nicht druckreifen Ausdrücken weigere, elektronische Daten zu archivieren. Deshalb frage ich mich, ob die Zusammenarbeit mit jemandem, der genau das erledigen soll, funktionieren wird.

Ich möchte dem Stadtrat einen Kompromiss vorschlagen. Der Bedarf für neue Stellen im Stadtarchiv ist ausgewiesen. Ich fände es sinnvoll, beide befristeten Stellen jetzt zu bewilligen. Raum muss sofort gefunden werden. Gleichzeitig müssen aber auch Probleme rund um die Führung angesprochen werden. Es geht um eine wichtige Führungsposition. Ich bin der Meinung, dass die Besetzung der unbefristeten Stelle angesichts dessen aufgeschoben werden kann. Es ist klar, dass die Aufarbeitung der Rückstände jetzt nötig ist. Deshalb sind beide befristeten Stellen für die Fraktion GLP akzeptierbar. Mit der Besetzung der definitiven Stelle möchte die Fraktion GLP aber warten, bis die anderen Probleme gelöst sind.

**Liechti Gertsch Teres, Fraktion SP:** Die Fraktion SP nimmt mit Genugtuung vom sorgfältigen Bericht des Gemeinderats Kenntnis. Die Stadtschreiberin verfasste dieses ausgezeichnete Dokument und die Fraktion SP bedankt sich dafür. Der Bericht zeigt zum einen den Bedarf an Arbeitskraft auf. Es besteht ein Ressourcenproblem und es sollten daher Stellen geschaffen werden. Dieses Problem wurde in den letzten Jahren in der Korrespondenz zwischen der GPK und dem Gemeinderat hinlänglich erörtert sowie letztes Jahr in die Budgetdebatte eingebracht. Der Bericht zeigt nochmals deutlich auf, wie das Stadtarchiv unterdotiert und wie dringend die zweite definitive Stelle einer Adjunktin/eines Adjunkten ist. Ebenso dringend ist die Schaffung der beiden befristeten Stellen, um den Arbeitsüberhang abbauen zu können. Der Bericht schildert, dass es so nicht weitergehen kann. Dies bestätigt auch eine externe Expertin, die ihren Bericht aus dem Jahr 2006 mit dem Zitat schliesst: *"Nur lösbare Aufgaben sind zumutbare Aufgaben."* Der Stadtrat muss dafür sorgen, dass dem städtischen Personal nur lösbare und dadurch auch zumutbare Aufgaben gestellt werden. Darum geht es unter anderem. Die Fraktion SP empfiehlt deshalb mit Vehemenz und einstimmig die Schaffung der geforderten Stellen.

Zum zweiten zeigt der Bericht aber auch den Bedarf an neuen Lokalitäten auf. Darüber wurde bisher noch wenig gesprochen. An 14 Stellen weist der Bericht auf einen Handlungsbedarf bezüglich der Platzverhältnisse hin. Auf über vier Seiten wird ausgeführt, dass die Lokalitäten zu klein sind, den Ansprüchen nicht genügen und schlecht gesichert sind. Feuchtigkeit und Pilzbefall bilden weitere Probleme und die Räume sind zudem für die elektronische Archivierung ungeeignet. Dies ist die Einschätzung des Gemeinderats, die es grundsätzlich ernst zu nehmen gilt. Der Bericht erwähnt, dass eine Lösung darin bestünde, das Archiv im neuen Verwaltungsgebäude auf der Esplanade unterzubringen. Dies wäre sicher eine gute Lösung, falls dieses Gebäude überhaupt realisiert wird. Sollte das Verwaltungsgebäude aber nicht realisiert werden, bedeutet dies nicht, dass auch kein neues Stadtarchiv nötig ist. 12 der 14 Passagen im Bericht weisen grundsätzlich auf die Notwendigkeit neuer Räumlichkeiten hin. Der Gemeinderat muss handeln. Es ist jedoch nicht zu erwarten, dass er im Rahmen einer Vorlage bereits im Dezember 2010 mit konkreten Vorschlägen aufwarten kann. Aber es geht auch nicht, dass er nichts unternimmt, falls das Esplanade-Gebäude nicht realisiert wird. Ich möchte auch nochmals daran erinnern, dass Archivführung kein exklusives Hobby für Historikverliebte ist. Der Staat hat eine Archivierungspflicht, wie dies Herr Bösch darlegte. Diese Pflicht besteht auch betreffend der Räumlichkeiten. Die Fraktion SP empfiehlt Ihnen wärmstens, beiden Punkten zuzustimmen.

Nun möchte ich Herrn Pichard noch persönlich antworten: Ihr Votum betitle ich als Ricola-Effekt: *"Wir haben's erfunden"*. Auch ich als ehemalige GPK-Präsidentin war versucht, den Ricola-Effekt anzuwenden. Herr Pichard sagt, die ganze Angelegenheit habe ihren Anfang mit seiner nicht weiterverfolgten Interpellation genommen. Es muss nun nicht darüber gestritten werden, wer welchen Anteil hatte. Ein Punkt ist jedoch wichtig: Die Fraktion GLP reichte ihre Interpellation ein, als bereits Verfahren liefen. Dies habe ich Ihnen erklärt, Herr Pichard, und Sie konnten dies nachvollziehen. Übrigens sprach ich betreffend dieses Vorstosses nie von einer Frechheit. Vielmehr riet ich Herrn Pichard davon ab, diesen in der gewählten Form einzureichen. Ich ermunterte ihn aber, gewisse Punkte daraus geltend zu machen. Effektiv sagte ich, nur die Punkte, welche die Integrität der Stadtarchivarin angreifen, sollten weggelassen werden. Heute möchte ich Herrn Pichard danken und gratulieren, dass er diese Empfehlung berücksichtigte und seine Interpellation rechtzeitig zurückzog. Es wurden Historiker erwähnt, welche Reklamationen über die Leistungen der Stadtarchivarin vorbrachten. Wie gesagt, lösen sich einige dieser Probleme, wenn das Archiv mittels einer Adjunktin/eines Adjunkten besser dotiert ist. Die Öffnungszeiten können verbessert werden, die Angestellten haben mehr Zeit und können deshalb geduldiger auf Wünsche eintreten. Insofern wird es dann der jetzigen Archivarin sicher leichter fallen, diesen Aspekten gerecht zu werden. Ich habe jedoch den Eindruck, dies werde ihr nicht gegönnt. Dies kann ich nicht verstehen. Ich finde es falsch, jetzt nur die zwei befristeten Stellen zu bewilligen. Es wird argumentiert, für die Bewilligung der unbefristeten Stelle solle sich die jetzige Stelleninhaberin so verhalten, wie es der Fraktion GLP passt. Erst dann solle ihr eine Adjunktin/ein Adjunkt zur Seite gestellt werden. Nein, bewilligen Sie diese Stelle jetzt! Dann wird die Archivarin beweisen können, dass sie dem Geforderten nachleben kann. Wenn dann auch noch gesagt wird, sie habe nicht druckreife Ausdrücke verwendet, muss ich Herrn Pichard sagen, dass auch die Historiker manchmal nicht einfach sind. Verschiedene Stadträte haben damit Erfahrung. Diese Historiker können kräftig

austeilen und dann anfügen, sie hätten nichts gesagt und wollen nicht, dass sie zitiert würden. Einige dieser Personen schockierten mich und ich ärgerte mich über sie.

Die Fraktion SP möchte der amtierenden Stelleninhaberin für ihren Einsatz danken, für ihre hohe Berufsauffassung, für ihren Mut, in all den Laufmetern und all dem zu verarbeitenden Archivmaterial nicht unterzugehen. Manch andere Personen hätten bei dieser Aufgabe aufgegeben. Dann wäre die Stadt wirklich aufgeschmissen gewesen. Der Bericht weist es aus: in diesem Dschungel von Akten, der bereits vor Amtsantritt der jetzigen Stelleninhaberin angehäuft wurde, behielt sie mit schier übermenschlichen Kräften den Überblick. Sonst wäre die Stadt verloren, niemand anderes könnte sich mehr zurechtfinden. Mit Recht bescheinigt der Bericht die grosse und wichtige Kompetenz der Archivarin. Bitte vergessen Sie diese nicht. Die GPK, welche das Dossier über sechs Jahre begleitete, konnte sich ebenfalls von der guten Arbeit überzeugen. Es gibt also Anlass, der Archivarin zu danken und ich mache dies hier sehr gerne. Frau Greder, Sie leisten eine ungeheure Arbeit, Sie mussten jahrelang in verschiedener Hinsicht zuviel auf sich nehmen. Die Fraktion SP dankt Ihnen, dass Sie das Bieler Stadtarchiv so gewissenhaft betreuen. Viele Stadträte hätten sich gewünscht, dass die Zeit der wirklich drückenden Überlast kürzer gewesen wäre. Immerhin ist jetzt Morgenröte sichtbar. Dass die Sonne wirklich aufgeht, dafür steht der Gemeinderat mit seinem Bericht ein und das Parlament wird für die Umsetzung am Ball bleiben.

**Sutter Andreas, Fraktion BVP plus:** Die Fraktion BVP plus möchte sich diesem Lob nicht einfach anschliessen. Ich bin weder Archivar noch Spezialist, habe aber in letzter Zeit in diesem Bereich einige Erfahrungen sammeln können. Diese möchte ich dem Stadtrat nicht vorenthalten. Zuerst zwei Zahlenspiele: Offenbar wurden 1700 Laufmeter (Anmerkung Ratssekretariat: 2150 Laufmeter) Akten angehäuft. Wenn es stimmt, dass die Stadtverwaltung pro Jahr 60 zusätzliche Laufmeter generiert, bedeutete dies, dass während mindestens 25 Jahren nicht archiviert wurde. Dies sind Zahlen, die im Bericht auf Seite 2 stehen. Ich möchte den Gemeinderat fragen, ob es tatsächlich so ist, dass während mindestens 25 Jahren nicht archiviert wurde. Der andere Dreisatz ist der: Wenn nun drei Personen während drei Jahren angestellt werden und pro Person und Jahr 17 Laufmeter abgearbeitet werden können, können nicht einmal 10% der angehäuften 1700 Laufmeter abgearbeitet werden. Anders gesagt, wenn alles abgearbeitet werden soll, müssten 30 Personen angestellt werden, um diese Aufgabe in drei Jahren zu bewältigen. In dem Sinn geht für die Fraktion BVP plus die Rechnung nicht auf. Es ist unbestritten, dass etwas geschehen muss. Egal ob meine Berechnungen betreffend der 25 Jahre stimmen oder nicht, es ist offensichtlich, dass während langer Zeit - trotz gesetzlicher Vorgaben - nichts unternommen wurde. Wenn ich von Erfahrung spreche, meine ich, dass die Stadt mit diesem Problem nicht alleine dasteht. Ich weiss, dass das Bundesarchiv genau das gleiche Problem hat. Auch dort wurden jahrelang keine Akten von Amtsstellen angenommen. Nun steht das Bundesarchiv vor einem riesigen Berg und möchte diesen abarbeiten. Ob es gelingt oder auch nicht ist eine andere Frage. In der heutigen Diskussion wurde verschiedentlich die elektronische Archivierung und Aktenführung andiskutiert. Wenn der angehäuften Bestand nun abgearbeitet werden soll, auch wenn es sich unter Umständen nur um 10% handelt, müsste nun diskutiert werden, ob die Verwaltung auf einen Stichtag hin auf die elektronische Aktenführung und konsequenterweise auch auf die elektronische Archivierung umstellen könnte. Dann müsste auch nicht mehr von einem Zuwachs von 60 Laufmetern pro Jahr

ausgegangen werden, welcher in den nächsten Jahren und auf unbestimmte Zeit ja ansteht. Es ist der Fraktion BVP plus klar, dass die elektronische Aktenführung und Archivierung nicht das Gleiche sind. Ein solches Konzept müsste aus Sicht der Fraktion BVP plus vorgängig erstellt werden. Der Fraktion fehlt die Information, auf welchen Stichtag eine Umstellung auf die elektronische Aktenführung und Archivierung stattfinden könnte und sie verlangt vom Gemeinderat Auskunft darüber. Wie bereits Herr Bösch erwähnte, kann der ganze Stapel nicht einfach einem riesigen Scanner gefüttert und dann mit Stichworten und Thesaurus versehen werden. Das ist der Fraktion BVP plus klar. Die Fraktion BVP plus sorgt jedoch mit ihrer Zustimmung wenigstens dafür, dass jetzt ein Tropfen auf den heissen Stein fällt. Dank der definitiven Stelle kann ein Konzept erarbeitet werden und die zwei befristeten Stellen können die Knochenarbeit erledigen. Die Fraktion BVP plus stimmt dem Geschäft zu, möchte aber noch die zwei erwähnten Fragen beantwortet haben.

**Gurtner Roland, Passerelle:** Je voudrais tout d'abord remercier Teres Liechti Gertsch. Elle a compris la gravité de la situation aux Archives municipales et a fait un vibrant plaidoyer amplement justifié. Je m'étonne beaucoup de la position du Groupe Forum. J'ai moi-même eu l'occasion, en tant que membre de la Commission de gestion, de visiter les Archives municipales en 2007, en présence de Messieurs Calegari et Rüfenacht. Suite aux réticences du Conseil municipal, nous avons même écrit une deuxième lettre au Conseil municipal, afin d'insister sur cette situation, à laquelle il fallait absolument remédier, au niveau des locaux et du personnel insuffisants. Je ne veux pas répéter les arguments du rapport d'expert. Il s'en est suivi une accumulation de documents, qui ne peuvent pas être traités et certaines se perdent. Les tâches des départements ne peuvent pas être contrôlées et la situation est vraiment sérieuse. Je pense, qu'un certain nombre de personnes n'ont peut-être pas pris la peine de s'intéresser à cette question des archives et de s'approcher de l'archiviste municipale, afin de se renseigner. L'archivage est important pour la population et pour les historiens. Il s'agit de notre mémoire collective. C'est aussi une chose importante pour le contrôle démocratique. Les citoyens ont le droit de savoir et d'être renseignés sur les activités de leurs autorités. J'aimerais que le Groupe Forum accepte de reconsidérer sa position en étant cohérent et qu'il donne à la Ville de Bienne les moyens d'accomplir des tâches prescrites par la loi.

**Grünenwald Samuel, UDF:** Je suis étonné de l'émotivité et des réactions concernant ce sujet. Le Groupe Forum n'a pas voulu supprimer de places de travail. Il a plutôt voulu donner une suggestion des méthodes modernes qui existent aujourd'hui. Comme cela a été mentionné par plusieurs personnes, il serait temps d'introduire un système plus rationnel d'archivage, afin de diminuer cette montagne de documents. Je ne comprends pas très bien le Conseil municipal, qui réagit si brutalement. La réaction du Conseil municipal est fautive, il devrait peut-être voir les possibilités qui existent. J'ai apprécié le point de vue de Monsieur Pichard, qui propose de créer des places de travail à temps déterminés et provisoires. Le travail doit être fait et rattrapé. J'aimerais corriger ce que Monsieur Grupp a dit. Il a prétendu, que le Groupe Forum n'a pas connaissance de la situation. Ce n'est pas juste. Monsieur Paronitti l'a bien spécifié, si vous avez bien entendu ses propos. Merci.

**Hadorn Werner, SP:** Ich möchte die ganze Geschichte aus einer anderen Optik betrachten: Im Bericht amüsierte mich ein Satz auf Seite 1 unter Punkt 1.1: Dort wird gesagt, ein Archivstandort sei beim Krematorium. Ich fragte mich, ob es bei der

Stadtverwaltung Personen gibt, welche das Archiv am liebsten verbrennen würden. Wenn alles beim Krematorium wäre, gäbe es auch keine Transportprobleme... Ich will aber keine Witze machen. Dieses kleine Detail sagt aber etwas über das Geschichtsverständnis der Stadt aus. Ich muss sagen, dieses ist hanebüchen. Ich sammelte seinerzeit genügend Erfahrungen, leitete ich doch die Produktion des Lexikons der Stadt. Dort arbeitete ich mit Marcus Bourquin, dem früheren Stadtarchivaren zusammen. Es wurde Material aus 60 Jahren verwendet, welches bereits sein Vater, Werner Bourquin, und danach er selber gesammelt hatten. Es war absolut unmöglich, wie diese Personen von der Stadt behandelt wurden. Werner Bourquin musste seine eigene Schreibmaschine benutzen. Als dann Marcus Bourquin als Stadtarchivar angestellt wurde, erhielt er nicht einmal einen Kredit für die Anschaffung einer Schreibmaschine! Für das Stadtlexikon sollten Texte gescannt werden. Dies funktionierte nicht, da der Buchstabe M immer oben an der Zeile war und das Komma unten dran. Diese Texte konnten also nicht einmal anständig gescannt werden. Die Korrekturen hätten mehr Arbeit generiert, als alles abzuschreiben. Ich weiss, dass das Archiv grosse Löcher aufweist. Ein Teil wurde im Museum Schwab gelagert, welches dann überschwemmt wurde. Ganze Bündel von Dokumenten lagen auf der Strasse und Passanten halfen beim Aufräumen mit. Dies zur Einstellung, welche die Stadt zu ihrer eigenen Geschichte hat. Wie richtig erwähnt wurde, geht es nicht nur um einen gesetzlichen Auftrag. Es zeugt auch vom Bewusstsein der Stadt für ihre Vergangenheit. Jörg Steiner sagte einmal, die Stadt sein eine Industrie- und Uhrenstadt. In vielen Aspekten trifft dies wohl immer noch zu. Die Probleme beim Archiv bestehen nicht erst seit sechs, sondern seit 80 Jahren. Ich weiss, dass Werner und Marcus Bourquin die Archivierung nicht unbedingt beherrschten und dass die Rückstände schon zu deren Zeit entstanden. Wenn aber die Mittel angeschaut werden, welche ihnen zur Verfügung standen, muss man sich nicht verwundern, dass es so herauskam.

Nun möchte ich noch auf die elektronische Archivierung zu sprechen kommen: Ich kann mich Herrn Sutters Ausführungen anschliessen. Im Bericht steht auf Seite fünf ein verräterischer Satz: *"Hinzu kommt wie erwähnt, dass auch im Bereich der Archivierung mit der elektronischen Archivierung ein neues Zeitalter anbrechen wird."* Es heisst nicht angebrochen ist... Da frage ich mich wirklich, ob der Gemeinderat schläft, wenn er eine solche Auffassung der elektronischen Archivierung hat. Diese hätte längst angegangen werden können. Ich erinnere mich daran, dass ich vor rund 20 Jahren im Stadtrat den Antrag stellte, die Protokolle des Stadtrats elektronisch zugänglich zu machen. Der Gemeinderat sagte damals, dies sei unmöglich und der Aufwand wäre zu gross. Gut, es waren noch nicht so gute Textscanner wie heute vorhanden. Es kann aber nicht gesagt werden, dass dieses Zeitalter jetzt langsam anbrechen wird. Seit dem Jahr 2000 ist es sicher angebrochen und es hätte schon lange etwas unternommen werden können. Ich sehe nicht ein, weshalb jetzt die ganze Systematik gemacht werden soll. Es gibt Teilbereiche der Archivierungsarbeit, in welchen ab einem gewissen Zeitpunkt elektronisch archiviert werden könnte. Dieses System müsste nicht einmal einem internationalen Standard entsprechen, es müsste lediglich praktikabel sein. In diesem Punkt gehe ich mit Herrn Sutter absolut einig. Ich rate dringend dazu, diesem Geschäft zuzustimmen. Für mich ist es keine Maximal-, sondern eine absolute Minimallösung. Es wurde gerechnet, wie lange es dauern wird, bis diese drei armen Kerle ihre Laufmeter abgearbeitet haben werden. Wahrscheinlich gäbe es auch hier vereinfachende Systeme. Diesem Thema müsste man sich seriöser widmen, als dies in den letzten 80 Jahren getan wurde.

**Grivel-Pierre-Yves, PRR:** En résumé, l'urgence est de réduire cette montagne de documents accumulés. Il faut engager ces deux documentalistes pour faire ce travail et peut-être des étudiants en histoire ou des stagiaires. Que ces jeunes documentalistes, étudiants ou stagiaires nous montrent les différentes possibilités de la technologie afin de traiter ce problème d'archivage et venons ensuite l'année prochaine, avec les moyens qui nous manquent, afin de régler une fois pour toute cette question. Il faut maintenant s'y mettre, travailler à réduire cette montagne d'archives et s'en donner les moyens. Il a été dit que le Groupe Forum ne voulait rien faire. Ce n'est pas vrai. J'ai aussi été membre de la Commission de gestion, je connais aussi la problématique et je soutiens l'engagement de documentalistes. Nous n'avons peut-être pas encore besoin d'un chef ou d'une cheffe, mais de documentalistes. Comme je l'ai dit, peut-être des étudiants ou des jeunes peuvent nous aider. Merci.

**Stöckli Schwarzen Heidi, SP:** Auch ich gehöre zu jenen, die der Ansicht sind, dass die Archivierung ein gesetzlicher Auftrag ist, welchem die Stadt endlich nachkommen muss. Ich möchte sogar sagen, der Zustand des Archivs und der Umstand, dass es mit nur einer Stelle besetzt ist, sind eine Schande. Denjenigen, die finden, hier müsse noch weiter gespart werden, würde ich es gönnen, wenn sie einmal für ein halbes Jahr alleine in diesem Archiv arbeiten müssten. Unter diesen Arbeitsbedingungen würde ich depressiv. Dies sage ich auch als Historikerin, nicht nur als Einwohnerin dieser Stadt. Ich möchte Herrn Pichard auf seine Behauptungen und Unterstellungen antworten. Bereits 2008 gab es eine fixfertige Vorlage der Stadtkanzlei zum Thema Stadtarchiv. Diese fand aber den Weg in den Gemeinderat nicht. Ich finde es auch schlecht, wenn hier vor allem über die jetzige Archivarin gesprochen wird. Wie in jeder anderen Organisation auch gibt es sehr viele andere Faktoren, die mitspielen. Als GPK-Mitglied möchte ich richtig stellen, dass es ein Dokument gibt, in welchem die Stadtarchivarin von Zürich folgende Aussage macht: *"Ich möchte hier auch ganz deutlich festhalten, dass Frau Greder ein aktives Mitglied unseres Verbandes ist, die sich mit uns für eine Mitgliedschaft bei der nationalen Koordinationsstelle für elektronische Archivierung (KOST) Schweizer Archivdirektor/innen einsetzt, welche Archive bei konkreten Projekten unterstützen."* Dies besagt das Gegenteil von Herrn Pichards Aussage, Frau Greder widersetze sich der elektronischen Archivierung.

**Mischler Peter, SP:** Wie Frau Liechti geriet auch ich wegen dem ersten Redner der Fraktion Forum in Aufruhr. Dieses Archiv kann nicht mit MÜVE-Säcken aufgeräumt werden! Sonst könnte jemand zum Frondienst eingeladen werden. Nein, es braucht qualifiziertes Personal. Bei der Auflösung der Stadtpolizei übergab ich Frau Greder immense Schachteln voll Material. Darin waren zum Beispiel Fotos von Häusern, Plätzen und anderen Örtlichkeiten der Stadt. Früher unterhielt die Stadtpolizei einen Fotodienst und dokumentierte alles. Dabei handelt es sich um unzählige Karten, welche geprüft und geordnet werden müssen. Allein diese Schachteln generieren eine immense Arbeit. Deshalb bitte ich den Stadtrat, dieses Geschäft gemäss dem Antrag des Gemeinderats anzunehmen.

**Bösch Andreas, Grüne Biel:** Zuerst möchte ich mich zum Vorschlag der Fraktion GLP äussern: Ich glaube, das Missverständnis liegt in der Annahme, dass zwei DokumentalistInnen alles regeln könnten. Der/die AdjunktIn ist in der Berufsqualifikation aber mindestens zwei Stufen über den DokumentalistInnen und weist Berufserfahrung aus. Ein Vergleich: DokumentalistInnen sind Leute mit einer

Berufslehre. Auf dem Bau würden sie einem Maurer entsprechen. Darüber wäre ein Polier. Der/die AdjunktIn entspricht mindestens einem Bauleiter/einer Bauleiterin. Wenn auf diese Person verzichtet wird, ist das ganze Projekt sinnlos. Wie man ja sieht, hat die jetzige Archivarin mit ihren Kernaufgaben so viel zu tun, dass sie diese Arbeit nicht auch noch übernehmen kann. Also braucht es eine hochqualifizierte Person, welche auch bei der elektronischen Erfassung und vielleicht sogar bei der elektronischen Nacherfassung mithelfen könnte. Die Fraktion Forum brachte das Argument, mit der Anstellung des Adjunkten/der Adjunktin könne zugewartet werden. Es sei ja jemand da, der die Fachkenntnisse mitbringe. Die jetzige Archivarin habe ja den Überblick darüber, was in den drei Archiven vorhanden ist. Hat die Fraktion Forum schon einmal von Braindrain gehört? Gerade das enorme Wissen der jetzigen Archivarin ist ein zusätzliches Argument dafür, dass jetzt gehandelt werden muss. Vielleicht machte ich einen Fehler, als ich den Vergleich mit den Ordnern anstellte. Es könnte das Gefühl entstehen, die Akten seien bereits sauber geordnet. Punkto Laufmeter pro Person macht die BVP plus eine falsche Rechnung. Die jetzige Archivarin ist nicht nur damit beschäftigt, Laufmeter abzuarbeiten. Sie erledigt noch viele andere Aufgaben. Die nun gesuchten Personen würden sich grösstenteils nur mit der Abarbeitung dieser Laufmeter beschäftigen. Wenn die geschätzten 25'000 bis 26'000 Ordner auf die nun zu genehmigenden 4800 Stunden verteilt werden, müssten pro Stunde 5,8 Ordner bearbeitet werden. Diese Zeit würde wohl nicht einmal ausreichen, um alle Seiten zu scannen. Zudem handelt es sich - wie gesagt - nicht nur um Ordner, sondern auch um andere Medien.

Von der elektronischen Aktenführung ist die Stadt noch meilenweit entfernt. Schon nur das Thema elektronische Langzeitarchivierung ist eine riesige Aufgabe. Es wäre illusorisch, zu glauben, die beiden DokumentalistInnen könnten innerhalb eines Jahres ein Projekt aufgleisen, mit welchem dann eine elektronische Archivierung möglich wäre. Dies ist unmöglich. Die Stadt muss nun den vom Gemeinderat vorgeschlagenen Weg gehen. Dieser erläutert ja sogar, dass er diese Stellenschaffungen auch auf dem Hintergrund der dringlichen überparteilichen Motion 20100231 "Moratorium für neue Stellen in der Stadtverwaltung bis Ende 2012" geprüft hat und zum Schluss kam, diese Stellen trotzdem zu beantragen.

**Habegger Markus, parteilos:** Ich habe noch eine Frage dazu, warum die Stellen bis 2013 befristet sind. Es wurde mehrfach gesagt, dass sehr viel Arbeit ansteht. Deshalb finde ich es befremdlich, so wichtige Stellen nur befristet zu bewilligen. Ist es möglich, diesen Berg in drei Jahren abzuarbeiten? Ich fände es ehrlicher, diese Stellen einfach zu schaffen. Wahrscheinlich sind sie auch nach Ablauf dieser drei Jahre noch nötig. Meine Erfahrung ist, dass befristete Stellen schlussendlich unbefristet sind. Ein Archiv ist ja nie fertig. Dann habe ich noch die Frage, was ein Archiv einem gewöhnlichen Steuerzahlenden bringt? Hat er die Möglichkeit, in diese Akten Einsicht zu nehmen? Für wen ist das Archiv?

**Stöckli Hans, Stadtpräsident:** Ich danke für die angeregte Diskussion und insbesondere für die Erklärung, dass es richtig war, einen umfassenden Bericht zu diesem Thema zu erstellen anstatt wie vor einem Jahr einfach spontan eine Stelle zu beantragen. Die Arbeit der GPK sowie die letztjährige Debatte zu einer Archivstelle machten dem Gemeinderat bewusst, dass das Parlament die gemachten Vorüberlegungen kennen muss. Ich finde es jedoch übertrieben, im Zusammenhang mit dem Archiv von einer Schande zu sprechen.

Die Diskussion um das Stadtarchiv dauert schon lange. Vor 20 Jahren bestand eine 50%-Stelle. Immerhin wurde dieser Stellenetat in der Zwischenzeit verdoppelt. Neue Lokalitäten konnten gefunden werden. Bei der Schaffung der Stadtbibliothek wurden die dazugehörigen neuen Archive als hervorragend bezeichnet. Nun wird dies verneint. So ändert sich die Wahrnehmung. Heute ist jedoch der richtige Moment für die angestrebten Veränderungen. Ich bin froh, dass das vom Gemeinderat vorgeschlagene Vorgehen nicht grundsätzlich bestritten ist. Auf der einen Seite soll die Raumproblematik angegangen werden und auf der anderen Seite die Stellenproblematik. Was die Räumlichkeiten anbelangt ist klar, dass das Archiv Bestandteil des Projekts "Zentrales Verwaltungsgebäude" ist. Das Archiv soll dort sein, wo gearbeitet wird. Dies wäre sowohl vom Handling wie auch von der Erschliessung her die ideale Lösung. Der Gemeinderat ist zuversichtlich, dass er Ihnen für die Dezembersitzung 2010 eine entsprechende Vorlage im Rahmen des Projekts Esplanade unterbreiten kann. Frau Liechti kann ich beruhigen. Die Baudirektion hat den Auftrag, das Thema Archivräume weiterzuverfolgen, falls das Verwaltungsgebäude nicht realisiert werden sollte. Es ist aber bereits jetzt klar, dass es auch wirtschaftlich Sinn macht, Archivräumlichkeiten mit dem Verwaltungsgebäude zu koordinieren. Ich hoffe, dass diese Aussage klar ist. Es ist alles eingeleitet und ich bin zuversichtlich, dass dieses Projekt weiterverfolgt wird.

Zu den menschlichen Ressourcen: Wie auch anderswo herrscht im Bieler Archiv kein Idealzustand. Landauf landab scheint niemand mit den Beständen des Archivs zufrieden zu sein. Es gibt einige Projekte, welche der Archivierung eine grössere Bedeutung beimessen. Das Archiv ist das Gedächtnis einer Gesellschaft. Auch wenn für den Steuerzahlenden kein unmittelbarer Nutzen sichtbar ist, hilft es der kulturellen und sozialen Entwicklung einer Gemeinde, wenn sie auf ein solches Gedächtnis zurückgreifen kann. Es dient der Verwurzelung, der Identität und dem Heimatgefühl der Menschen, welche die entsprechende Gesellschaft mit ihrer Arbeit und ihrem Denken prägen. Herr Hadorn zitierte Jörg Steiner. Ich habe den Eindruck, es sei einiges aufgeholt worden, was dieser zu Recht kritisierte. Der Gemeinderat ist daran, die Stadtgeschichte aufzuarbeiten, was über CHF 1 Mio. kostet. 2012 oder 2013 wird das Ergebnis präsentiert werden können. Ich bin der Meinung, dass der Gemeinderat seine Rolle, was die geschichtliche Aufarbeitung der Stadt betrifft, bewusster wahrnimmt. Bei der Aufarbeitung des Archivgutes gibt es aber Rückstände. Herr Sutter, selbstverständlich baut Frau Greder nicht nur Laufmeter ab. Wie Herr Bösch erwähnte, hat sie noch ganz andere, vielfältige Aufgaben zu erledigen. Die Hauptproblematik liegt darin, dass sich immer mehr Material anhäuft, welches nicht erschlossen ist und auch nicht sortiert werden kann. Herr Paronitti, on ne peut pas trier des archives avec des machines. Votre idée d'utiliser des machines pour faire de l'ordre dans les archives n'est possible qu'avec des "Shredder". Sinon, cette mission ne peut pas être accomplie comme vous l'entendez. Herr Sutter, Ihre Rechnung betreffend der Laufmeter ist etwas gewagt. Auch ich versuchte, diesen Dreisatz zu machen. Ich kam nicht auf 10%. Der Gemeinderat gelangte aber nach Rücksprache mit dem Staatsarchivar des Kantons und dem Stadtarchivar der Stadt Bern zur Gewissheit, dass die Rückstände mit dem Einsatz von drei 100%-Stellen während dreier Jahre abgebaut werden können. Dies ist ein Versprechen. Es ist der Wille des Gemeinderats, dass das Archiv bei einem eventuellen Umzug ins zentrale Verwaltungsgebäude geordnet ist. So kam auch der angestrebte Zeitpunkt für die Beendigung dieser Arbeiten zustande. Dies setzt aber voraus, dass heute 300



Stellenprozente bewilligt werden. Wenn nur 200 Stellenprozente bewilligt werden, kann das Projekt Aufbearbeitung nicht realisiert werden. Die beiden DokumentalistInnen-Stellen sollen auf eine dreijährige Anstellungsdauer beschränkt werden. Der Gemeinderat hätte die Stellen auch selber für zwei Jahre und dann nochmals für ein Jahr sprechen können. Er wollte aber, dass der Stadtrat weiss, dass diese Stellen für die Aufarbeitung des Archivs nötig sind. In einer ersten Phase war geplant, dem Stadtrat einen Verpflichtungskredit für dieses Projekt zu unterbreiten, in welchem die beiden Stellen enthalten gewesen wären. Dieses Vorgehen wäre allerdings unüblich gewesen und es ist sauberer, die befristeten Stellen als solche zu beschliessen. Diese 200 Stellenprozente sind ja auch nicht bestritten. Bestritten ist einzig die definitive Stelle des Adjunkten/der Adjunktin. Im Bericht auf Seite 5 ist beschrieben, was mit dieser Stelle bezweckt wird. Die jetzige Archivarin soll ihre tägliche Arbeit weiterführen können und für die Leitung des Projekts Aufarbeitung Arbeitsüberhänge soll jemand neu angestellt werden. Dies ist die Grundidee. Dafür wird diese definitive Stelle benötigt. Die Rückstände entstanden ja nicht, weil das Archiv überdotiert gewesen wäre, sondern weil zu wenig Personalressourcen vorhanden sind. Das Projekt kann nur funktionieren, wenn dafür eigens Personal angestellt wird und Frau Greder ihre Aufgabe als Stadtarchivarin weiter erfüllen kann. Sobald die Aufarbeitung beendet ist, sollen der Adjunkt/die Adjunktin und Frau Greder zusammen sicherstellen, dass die Archivierung auf dem dannzumal hohen Niveau weitergeführt werden kann. Auch ein Umzug in ein neues Gebäude könnten diese beiden Personen organisieren.

Zur elektronischen Archivierung: vielleicht müsste zuerst diskutiert werden, was darunter verstanden wird. Die Kritik von Herrn Hadorn trifft mich nicht allzu stark. Unter elektronischer Archivierung verstehe ich die Idee, dass direkt und automatisch über das elektronische System archiviert wird. Es soll also ein System entstehen, über welches die elektronischen Daten direkt archiviert werden. Herr Sutter, ich bin noch nicht in der Lage, genaue Daten und Fakten zu diesem Bereich zu nennen. Der Gemeinderat hat im Bericht geschrieben, dass die elektronische Archivierung zusammen mit der Ablösung der Geschäftskontrolle vom Gemeinderat erfolgen muss. Diese beiden Themen sind eng liiert. Es handelt sich um ein sehr neues Gebiet, welches noch nicht in der sich vom Gemeinderat vorgestellten Form praktiziert wird. Ich lade Herrn Sutter ein, einen entsprechenden Vorstoss einzureichen, durch welchen der Gemeinderat verpflichtet würde, die elektronische Archivierung zu veranlassen. Leider wird die Schaffung einer elektronischen Archivierung aber nicht die heutige Archivtätigkeit ersetzen. Sicher wird es Überschneidungen geben und wird eine gewisse Parallelität bestehen bleiben. Ob die 200 Stellenprozente dank der elektronischen Archivierung allenfalls reduziert werden können, muss entschieden werden, sobald diese eingeführt ist. Weiter möchte ich mich zu dieser Frage nicht äussern.

Ich hoffe, dass ich alle gestellten Fragen beantworten konnte. Ich ersuche den Stadtrat aus tiefer Überzeugung, nach all den gemachten Untersuchungen und Überlegungen, welche auch von Seiten des Stadtrats eingebracht wurden, diesem Geschäft zuzustimmen. Es bildet eine Einheit, hat eine Logik und stellt eine Notwendigkeit dar.

**Abstimmung**

über Punkt 1 des Beschlussesentwurfs

**Punkt 1 des Beschlussesentwurfs wird gutgeheissen.**

**Abstimmung**

über Punkt 2 des Beschlussesentwurfs

**Punkt 2 des Beschlussesentwurfs wird gutgeheissen.**

**Schlussabstimmung**

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 3. September 2010 betreffend Abbau des Arbeitsüberhangs beim Stadtarchiv / Schaffung von zwei befristeten Stellen als Dokumentalistin/Dokumentalist / Schaffung einer definitiven Stelle Adjunktin/Adjunkt, gestützt auf Art. 40 Abs. 1 Ziff. 1 Bst. k der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1):

1. Im städtischen Stellenplan wird beim Stadtarchiv ab 1.1.2011 definitiv eine zusätzliche 100%-Stelle Adjunktin / Adjunkt geschaffen.
2. Im städtischen Stellenplan werden beim Stadtarchiv ab 1.1.2011 zwei auf 3 Jahre befristete Stellen Dokumentalist/Dokumentalistin für den Abbau des Arbeitsüberhangs bei der Archiverschliessung geschaffen.
3. Mit dem Vollzug der Beschlüsse wird der Gemeinderat beauftragt.

**196. 20100265 Stellenschaffungen / Stellenstreichungen per 1.1.2011**

**Ammann Olivier, au nom de la Commission de gestion:** La Commission de gestion a discuté longuement du tableau des emplois. Tout d'abord, sur différents chapitres traités dans ce rapport, je vais vous donner quelques informations, telles que la Commission de gestion les a traités et a ainsi pu formuler les opinions clairement et peut-être, apporter quelques précisions. Je ne reviens pas sur les postes des Archives municipales, car nous en avons parlé tout à l'heure. Je passe directement aux postes pour le Département de la sécurité, principalement à l'Inspection de police communale. Comme indiqué dans le rapport, plusieurs décisions ont été prises et la Commission de gestion soutient globalement cette proposition.

Concernant le Département Écoles & Sport, il est proposé de créer des postes définitifs de secrétaires à la Direction des écoles. Ces décisions découlent de l'introduction et de la mise en vigueur en 2009 du nouveau Règlement scolaire. Ces

postes ont été créés à ce moment-là de manière provisoire par le Conseil municipal. Il s'agit maintenant de les créer définitivement, ceci dans le cadre de l'application du Règlement scolaire de la Ville de Bienne. Ces postes vont reprendre en partiel les tâches, que les Commissions scolaires effectuaient précédemment.

Au Département de la protection de la jeunesse et des adultes, le Conseil municipal demande la création de 8,4 postes supplémentaires. Ceux-ci découlent principalement de la réorganisation et du partage des tâches. Pour traiter 100 dossiers, il y a un poste à plein temps d'assistant(e) social(e) et 30% de postes administratifs. Cette notion de 30% a passé à 50% au 1<sup>er</sup> janvier 2009. Dans un premier temps, le Conseil municipal pensait pouvoir faire une certaine économie pour traiter ces dossiers, mais cela n'a pas été possible. C'est pour cette raison, qu'il faut créer les postes supplémentaires, afin d'assurer cette charge de travail administratif supplémentaire. En conclusion, la Commission de gestion, dans sa grande majorité, vous suggère de suivre la proposition du Conseil municipal.

**Scherrer Martin, Fraktion BVP plus:** Ich nehme es vorweg: die Fraktion BVP plus ist ausser bei zwei Punkten mit diesen Stellenschaffungen einverstanden. Ich werde mich also nur zu diesen zwei Punkten äussern: Bei Punkt 1.3 geht es um Stellen im Bereich Geschwindigkeits- und Rotlichtüberwachung. Die Fraktion BVP plus ist gegen die Schaffung dieser Stellen, obschon sie nicht grundsätzlich gegen Kontrollen ist, welche die Verkehrssicherheit erhöhen. Die Sicherheit ist in diesem Fall aber ein Scheinargument. Es geht nicht um die Verkehrssicherheit, sondern lediglich darum, Busseneinnahmen zu akquirieren. Ich kann dies belegen. In der Rechnung 2009 werden CHF 3,2 Mio. Busseneinnahmen ausgewiesen. Für 2011 sind CHF 6,7 Mio. budgetiert! Dies ist mehr als das Doppelte und entspricht Busseneinnahmen von täglich CHF 10'000.-. Es ist nicht sicher, dass so hohe Einnahmen wirklich generiert werden können. Werden nun die geforderten Stellen bewilligt, werden diese Personen den Auftrag erhalten, diese Einnahmen zu akquirieren, damit das Budgetziel erreicht werden kann. Also muss dort kontrolliert werden, wo Geld verdient werden kann und nicht dort, wo Kontrollen der Sicherheit dienen. Hier macht die Fraktion BVP plus nicht mit. An der letzten Stadtratssitzung wurde über Sicherheit debattiert. Es wurde Personal für mehr Kontrollen am Abend verlangt. Das Gegenargument lautete, es können keine zusätzlichen Personalstellen geschaffen werden. Offenbar kann dieses Personal aber für Verkehrskontrollen rekrutiert werden. Hier lässt sich ja auch etwas verdienen. Die Fraktion BVP plus sieht diese Form von Kontrolle als Abzockerei gegenüber den BürgerInnen an und wehrt sich dagegen, zumal es sich um eine einseitige Kontrolle handelt. Es werden nur AutomobilistInnen und LastwagenfahrerInnen kontrolliert. Der Veloverkehr wird nicht kontrolliert. Am Abend kann festgestellt werden, dass die Hälfte der Velos ohne Licht unterwegs ist. Dies ist das viel grössere Verkehrsrisiko. Trotzdem wird in diesem Bereich nichts unternommen, diese Tatsache wird einfach akzeptiert. Aus diesen Gründen wird die Fraktion BVP plus die Schaffung dieser Stellen nicht unterstützen.

Bei Punkt 1.6 geht es um den Erwachsenen- und Jugendschutz (EJS). Wie den Vorstössen der Fraktion GLP entnommen werden kann, stimmt in dieser Abteilung offenbar Einiges nicht. Die Fraktion BVP plus will wissen, wie es in dieser Abteilung jetzt steht, bevor sie den neuen Stellen mit gutem Gewissen zustimmen kann. Sie will diese Stellen erst dann definitiv bewilligen, wenn ein Bericht vorliegt, welcher über den Stand der Dinge Auskunft gibt. Erst dann kann gesagt werden, ob diese Stellen

wirklich nötig sind. Der Gemeinderat wird sicher begründen, diese Stellen müssten sofort geschaffen werden und es könne nicht gewartet werden, bis dieser Bericht vorliegt. Dieses Argument gilt für die Fraktion BVP plus nicht. Einen Bericht zu verfassen, dauert nicht ewig. In ein bis zwei Monaten kann dieser vorliegen. **Die Fraktion BVP plus stellt den Antrag, diese Stellen beim EJS unter Vorbehalt zu schaffen.** Sie können ins Budget aufgenommen werden, sollen aber erst mit Vorliegen des Berichts definitiv bewilligt werden.

Die restlichen Punkte sind für die Fraktion BVP plus unbestritten. **Sie stellt den Antrag, über folgende Stellen separat abzustimmen:**

- 1,70 Stellen in der Abteilung öffentliche Sicherheit und Bevölkerung, Bereich Gemeinde-Polizeiinspektorat
- 8,65 Stellen in der Abteilung Erwachsenen- und Jugendschutz

**Magnin Claire, au nom du Groupe des Verts Bienne:** Le Groupe socialiste remercie le Conseil municipal pour ce rapport. Nous avons déjà beaucoup parlé des Archives municipales, je n'y reviendrai pas. Le Groupe des Verts est favorable à la création des deux postes au Département des immeubles. Nous pouvons développer et suivre l'évolution de ce secteur. Pour cela, il faut offrir des postes stables, afin de garantir la continuité et le développement de la gérance immobilière et mettre en place une stratégie concernant l'immobilier aux mains de la Ville de Bienne.

Le Département de la sécurité publique et de la population propose l'augmentation de 1,7 poste au Secteur de l'Inspection de police communale dans le domaine des installations fixes de surveillance des feux de signalisation et de la vitesse. Pour le Groupe des Verts, il s'agit avant tout d'améliorer la sécurité routière pour les citoyens biennois et garantir, que les enfants, les cyclistes et les piétons puissent se mouvoir en toute sécurité dans cette ville. La sécurité routière appartient aussi au Département de la sécurité et c'est une partie importante de la sécurité. Le Groupe des Verts soutient la création de 1,7 poste de travail.

Le Groupe des Verts encourage la création du poste de responsable du Secteur des écoles au Département Écoles & Sport. Le responsable du Secteur des écoles accomplit les tâches de coordination des écoles conformément au nouveau Règlement scolaire. Nous sommes favorables au renforcement du personnel de 1,5 poste de travail dans les trois grandes crèches municipales (Avenir, Bubenbergr, chemin de Safnern) ainsi que l'augmentation du personnel (4 postes de travail), afin de faire face aux 24 nouvelles places de crèches octroyées par le Canton. Il ne s'agit pas d'être concurrentiel avec les crèches privées, comme il est mis dans le rapport, mais d'assurer une bonne prise en charge des enfants, en fonction de leurs besoins.

Enfin, concernant les postes réclamés pour le Département de la protection de la jeunesse et des adultes, Monsieur Scherrer a dit qu'il voulait d'abord un rapport. Le Groupe des Verts ne veut pas mélanger les choses. En 2008, le Canton a dit qu'il fallait augmenter les postes, en raison de la surcharge de travail. En 2009, le Canton a constaté cette surcharge de travail. Nous constatons également cette surcharge de travail depuis plusieurs années. Cette surcharge de travail doit être réduite avec cette nouvelle réorganisation et l'augmentation du nombre d'assistants sociaux. Le Groupe des Verts salue le fait qu'un certain nombre d'assistants sociaux pourra être déchargé de certaines tâches administratives, qui ne sont pas de son ressort. Nous n'aimerions

pas non plus, que le personnel administratif exécute des tâches d'assistants sociaux. Chaque personne a droit à une aide sociale et à avoir accès à un assistant(e) social(e) et nous combattons toute tentative allant dans le sens de laisser des dossiers à des personnes s'occupant du domaine administratif.

Au sujet des suppressions de postes de travail au Tribunal du travail et à l'Office des locations, le Groupe des Verts est d'accord de supprimer 4.55 postes, car une partie des tâches sera transférée au 1<sup>er</sup> janvier 2011 à l'organisation de la justice cantonale. Nous ne nous opposerons donc pas à cette suppression.

Enfin, il y a une bonne surprise. Le Groupe des Verts a constaté, qu'il n'y a pas pour l'instant, de blocage du personnel. Le Conseil municipal répond aux besoins en matière de personnel.

La fin du rapport nous laisse cependant songeur, en particulier en ce qui concerne les écoles à journée continue. Étant donné que le Conseil municipal ne peut pas prédire exactement la demande, une intégration appropriée dans le tableau des emplois n'est ni possible, ni judicieuse. Cela pourrait-il signifier, que les emplois dans ce secteur deviendraient des postes précaires et sur appel? Le Groupe des Verts n'est pas d'accord avec ce genre d'emploi dans le secteur public et nous y serons très attentifs. Merci de votre attention.

**Kaufmann Stefan, Fraktion Forum:** Der Engländer Cyril Parkinson arbeitete in den 40er-Jahren in der englischen Administration und es fiel ihm auf, dass die Arbeit immer mehr zunimmt, unabhängig davon wie viele Leute beschäftigt sind. Davon leitete er ein paar berühmte Lehrsätze der Soziologie ab wie: "Arbeit lässt sich dehnen wie Gummi, um die zur Verfügung gestellte Zeit zu füllen". Das heisst, die gleichen Dossiers können in einer oder auch in zwei Stunden abgearbeitet werden. Oder: "Alle Angestellten wünschen sich, die Zahl ihrer Untergebenen zu vergrössern, nicht aber die Zahl ihrer KonkurrentInnen auf gleicher Stufe." Das heisst, die Angestellten wünschen sich steile Hierarchien und nicht flache. Die dritte Beobachtung war: "Angestellte schaffen sich gegenseitig Arbeit." Das heisst, jede neu geschaffene Stelle generiert selber wieder Arbeit. Daraus leitete er die These ab, dass eine Verwaltung einfach wächst. In den 40er-Jahren ging er dabei von einem Wachstum von rund 5% pro Jahr aus. Die Bieler Verwaltung wächst zwischen 2 und 3% pro Jahr. In den modernen Verwaltungen gibt es auch moderne Begriffe: Controller, Supervisor, Qualitätsbeauftragte. Es kann festgestellt werden, dass dieser Bereich in modernen Verwaltungen ständig wächst, während der Anteil von operativ Tätigen stagniert oder sogar abgebaut wird. Dabei spreche ich nicht nur von der öffentlichen Verwaltung, sondern auch von Verwaltungen von Grossbetrieben. Parkinson sagte sogar, in bestimmten Unternehmungen könnte das operative Personal gänzlich gestrichen werden und die Verwaltung würde trotzdem wachsen. Dies würde bedeuten, der Stadtrat müsste auch jährlich neue Stellen bewilligen, wenn Biel keine Bevölkerung hätte.

Beim Lesen des vorliegenden Berichts habe ich das Gefühl, gewisse Stellen seien einfach aus dieser These heraus entstanden. Die Fraktion Forum äusserte sich schon letztes Jahr kritisch gegenüber Stellenschaffungen. Auch dieses Jahr ist sie nicht überzeugt davon, dass die Schaffung von definitiven Stellen sinnvoll ist. Nächsten Sommer oder Herbst wird der Stadtrat über die Verwaltungsreform 2013 diskutieren.

Dabei geht es um die politische Debatte, wie der Service Public und die Personalstruktur künftig aussehen sollen, wer was macht, was angeboten werden soll und wo Ressourcen gebraucht werden. Zu diesem Zeitpunkt kann diskutiert werden. Jede Stelle aber, welche heute neu geschaffen wird, stellt ein Präjudiz dar. Sie kann nicht in sechs Monaten wieder aufgehoben werden. Mit jeder Stelle, die heute neu geschaffen wird, torpediert der Stadtrat die Verwaltungsreform 2013. Irgendeinmal muss sich der Stadtrat fragen, ob er diese Verwaltungsreform überhaupt will. Bisher äusserte sich niemand dagegen. Deshalb reichte die Fraktion Forum auch ihren Vorstoss für ein Stellenmoratorium ein, welches so lange dauern soll bis klar ist, wie die neue Verwaltung aussehen wird. Jedes andere Vorgehen ist für die Fraktion Forum nicht kongruent.

Beim Erwachsenen- und Jugendschutz teile ich die Meinung der BVP plus. Wie dem Bieler Tagblatt entnommen werden kann, ist die Arbeitsatmosphäre in dieser Abteilung schlecht. Wo Rauch ist, gibt es auch ein Feuer. Von dem her kann ich mir nicht vorstellen, dass in einem Amt, in welchem sich die Mitarbeitenden nicht wohl fühlen und Mobbingvorwürfe laut werden, eine 100%-ige Arbeitsleistung erbracht werden kann. Vielleicht hängt der Arbeitsüberhang auf dieser Abteilung auch mit dem Arbeitsklima zusammen. Diese Frage ist berechtigt. Es wäre richtig, zuerst das Arbeitsklima zu verbessern, bevor neue Stellen geschaffen werden. Unter Bezug auf die Finanzstrategie des Gemeinderats, welche der Stadtrat im Sommer zur Kenntnis nahm, versteht die Fraktion Forum die Anträge des Gemeinderats für diese Stellenschaffungen nicht ganz. Wenn 2013 eine ausgeglichene Rechnung präsentiert werden soll, müssten die Weichen bereits heute gestellt werden. Das heisst, Fixkosten müssen abgebaut und nicht erhöht werden. Die Fraktion Forum fragt sich, ob alle GemeinderätInnen hinter der Finanzstrategie stehen. Immer wieder wird das Argument des Lastenausgleichs angeführt. Dieses Argument halte ich für gefährlich. Wenn alles, was dem Lastenausgleich unterliegt, immer gleich beansprucht wird, wachsen die kantonalen Ausgaben weiterhin an. Gerade über diese Ausgaben beklagt sich der Stadtrat aber immer wieder. In diesem Sinn wäre auch ein verantwortungsbewusstes Handeln des Stadtrates gefordert.

Grundsätzlich ist die Fraktion Forum nicht bereit, neue definitive Stellen zu schaffen. Sie könnte sich aber im Sinn eines Kompromisses dazu bereit erklären, die zu streichenden Stellen andernorts neu zu schaffen. Beim Votum meines Vorredners wurde klar, mit welcher Emotionalität einzelne Stellen verhandelt werden. Deshalb bin ich froh, dass nicht jede Stelle einzeln beantragt wird. Die Fraktion Forum ist jedoch der Meinung, dass die 5,5 Stellen bei den Kitas und die 2 Stellen bei der Abteilung Liegenschaften geschaffen werden könnten. Die anderen Stellen wird die Fraktion Forum ablehnen.

**Pichard Alain, Fraktion GLP:** Ich muss klar sagen, dass die Fraktion GLP grosse Mühe hat mit diesem Geschäft. Einzelne Stellenschaffungen sind absolut indiskutabel. Die Fraktion GLP teilt die Aussagen der Fraktion Forum vollkommen. Im Bereich der Stellenschaffungen kann nicht von einer Sparhysterie gesprochen werden. Es ist klar, dass Stellen nur geschaffen werden sollen, wenn sie tatsächlich gebraucht werden. Die Fraktion GLP ist aber der Meinung, dass es in Biel Stellen gibt, die nicht nötig sind. Diese von der Fraktion GLP überprüften Stellen wurden Herrn Gfeller übermittelt. Die Fraktion GLP findet es zurzeit nicht sinnvoll, den

Stellenetat zu erhöhen. Sie wird keine einzige Stelle in der Bildungsbürokratie unterstützen.

Zur Stelle im Bereich Schulleitung kann ich konkret sagen, wie es dort läuft: In einem Oberstufenzentrum kündete der Schulsozialarbeiter. Danach erarbeitete das Schulamt zusammen mit dem Leiter der sechs Schulsozialarbeitenden ein Inserat. (Sie müssen sich das einmal vorstellen, es gibt eine 50%-Stelle, um sechs Schulsozialarbeitende zu leiten!) Ein Inserat ist ein steinzeitliches Mittel, um junge Leute dieses Segments zu rekrutieren. Heute werden solche Stellen mit einem Link im "20-Minuten" ausgeschrieben, über welchen sich Interessierte via iPhone direkt melden können. Von solchen Methoden hat die Bieler Verwaltung keine Ahnung. Nun bewarben sich aber trotzdem einige Leute auf die ausgeschriebene Stelle und es wurde eine Triage gemacht. Die drei FinalistInnen wurden dann ins Oberstufenzentrum geschickt. Dieses war aber mit keiner Bewerbung einverstanden. Nun fand ein Schlichtungsgespräch statt und die Stelle wurde nochmals ausgeschrieben. Die Folge davon ist, dass in diesem Oberstufenzentrum noch immer kein neuer Schulsozialarbeiter, keine neue Schulsozialarbeiterin angestellt ist. Wenn die Schulautonomie ernst genommen werden soll, muss die Entlastung den Schulleitungen zu Gute kommen. Fälle wie der eben beschriebene müssen von diesen gelöst werden. Dazu sind sie ausgebildet und sie können das. Weshalb braucht es eine vorgesetzte Stelle? Diese ist absolut unnötig. Die Fachstelle Kindergarten ist eine Stelle in einem Büro. Zwar heisst es, sie helfe den Lehrpersonen. Ich kann Ihnen aber sagen, was dort gemacht wird. Es wurde ein Flyer verteilt, welcher Hilfe bei der Beratung für Elterngespräche und für individualisierten Unterricht anbietet. Solche Hilfe brauchen die Lehrkräfte nicht! Sie brauchen Zeit! Das eingesetzte Geld sollte direkt den Schulen zu Gute kommen. Die Grünliberale Partei wird keine einzige solche vorgesetzte Stelle unterstützen. Die Kita-Stellen sind aber selbstverständlich Stellen, welche nicht bestritten werden. Es stellt sich aber die Frage, was unter Qualitätssicherung zu verstehen ist. So wie ich das lese, handelt es sich um eine Stelle, deren InhaberIn bei den Kindern ist und dort hilft und arbeitet. Eigentlich ist jede Stelle eine Qualitätssicherung. Dieser Begriff ist mir nicht klar. Arbeitet diese Person mit den Kindern? Dann ist die Fraktion GLP damit einverstanden. Oder sichert sie die Qualität, indem sie den Angestellten sagt, wie sie es besser machen sollen? In dem Fall wäre die Fraktion GLP dagegen, denn solche Stellen gibt es genug. Solche Dienstleistungen können auch bei der pädagogischen Hochschule bezogen werden. Dafür braucht es keine eigenen Stellen.

Zum Erwachsenen- und Jugendschutz (EJS) möchte ich Folgendes sagen: ich weiss, dass es nicht möglich ist, in einem Parlament persönliche Probleme oder Führungsprobleme zu diskutieren. Die Fraktion GLP stellt jedoch fest, dass alle Fragen, welche mit Abläufen oder mit dem Personal zu tun haben, einfach mit der Forderung nach mehr Personal beantwortet werden. Mit mehr Personal komme alles gut. Aber es kommt ja nicht gut! Deshalb kritisierte die Fraktion GLP bereits in der Stadtratssitzung die Abläufe im EJS. Darauf wurde ich von Herrn Gurtner stark kritisiert. Es laufe gut im EJS, ich solle mir das einmal anschauen. Ich weiss, dass dort gute Leute arbeiten, das ist keine Frage. Dies entbindet den Stadtrat aber nicht von der Aufgabe, Strukturen zu hinterfragen, Aufgabenstellungen zu reflektieren und Personalfragen anzusprechen. Sonst kommt es immer wieder zu Eklats. Jeder Privatunternehmer weiss, dass Probleme bei Stabsstellen nicht einfach mit mehr Personal aufgefangen werden können. Die Probleme müssen respektvoll aber klar

angesprochen werden. Dies passiert bei den Stellenschaffungen nicht. Es stimmt nicht, dass jede Stelle im Sozialbereich per se gut ist. Vielmehr findet ein Ressourcendiebstahl statt. Aus diesem Grund wurden im Grossen Rat des Kantons Bern Assistenzlehrkräfte für den Kindergarten gefordert. Leider ist dafür kein Geld vorhanden. Es wurden bereits Krisenmanager- und Coachingstellen aufgebaut und für CHF 30 Mio. Frühfranzösisch eingeführt. Nun sollen auch noch Assistenzlehrkräfte eingesetzt werden. Mit dieser Logik bewegt sich ein Gemeinwesen auf direktem Weg auf die Situation in Griechenland zu. So geht es nicht! Wenn sich die Fraktion GLP gegen eine Stelle ausspricht, ist sie noch lange keine Sozialabbauerin. Wenn Fragen zu gewissen Abläufen gestellt werden, ist sie nicht gegen die fragliche Stelle. Es geht viel mehr auch um die Effizienzfrage. Deshalb unterstützt die Fraktion GLP die Position der Fraktion Forum.

**Moeschler Émilie, au nom du Groupe socialiste:** Le Groupe socialiste a pris connaissance et a beaucoup discuté de ces créations de postes. Nous sommes très satisfaites et satisfaits. Nous avons été surpris et surprises, que la stratégie financière et d'autres décisions ne laissent peut-être pas présager de création de postes. Cependant, le Groupe socialiste est content de constater, que les besoins de l'Administration ont été entendus. Lorsque la droite parle d'efficacité et de réorganisation, je trouve malvenu de voir certains départements trimer depuis longtemps. Cela fait plusieurs mois, que le Département de la protection de la jeunesse et des adultes réclame des postes supplémentaires. Le Canton a augmenté aussi les postes de personnel administratif directement subordonné par postes d'assistants sociaux.

Maintenant, le Conseil de ville de Bienne refuse de créer ces postes définitivement, en mélangeant les discussions. S'il existe des problèmes de "mobbing" ou des accusations de "mobbing", le jour doit être fait sur ces histoires, c'est évident. C'est du chantage, si des postes sont créés provisoirement, jusqu'à ce que la lumière soit faite sur cette histoire. C'est du chantage envers tous les employé(e)s qui attendent d'être soulagé(e)s dans leurs tâches quotidiennes et qui attendent de pouvoir travailler plus calmement. Ces personnes sont déjà sous les feux de la rampe actuellement. Elles sont déstabilisées avec cette histoire bien grandement relatée par la presse alémanique. Si des postes sont créés provisoirement, cela veut dire que tout le personnel est condamné, à la place des personnes responsables, s'il y en a.

Concernant la création de 1,7 poste au Département de la sécurité, Monsieur Scherrer, vous disiez que les vélos ne sont pas assez contrôlés. Je n'ai jamais vu un cycliste tuer un automobiliste! Il y a peut-être une différence à faire! Le Conseil de ville ne vote pas directement sur la création des postes SIP (sécurité, intervention, prévention). Je profite de l'occasion pour mentionner le bon travail des employé(e)s SIP durant la semaine dernière. Vous avez entendu parler de l'histoire, qui s'est déroulée jeudi dernier, où une personne d'origine africaine a reçu une balle d'une arme à feu dans le mollet, tirée par des agents de la Police cantonale. Il est tout à fait déplorable de tirer avec une arme à feu, lorsqu'une personne est poursuivie. On peut simplement relever, que les employé(e)s SIP ont fait un travail remarquable de médiation et d'accompagnement. Si ces créations de postes peuvent interpeller la droite, cela fait également penser qu'elle devient plus royaliste que le roi!



Le Conseil municipal n'a jamais créé des postes à tort et à travers. Au contraire, il s'agit plutôt de réorganisation et de postes provisoires, au lieu de postes définitifs. Le Groupe socialiste est très content de constater, que le fait de s'être opposé au gel de la création des postes ait eu du sens, puisqu'aujourd'hui, nous votons sur des créations de postes dans différents départements. Ces postes sont nécessaires afin de pouvoir garantir un service public de qualité. Le Groupe socialiste soutient grandement les créations de postes proposées par le Conseil municipal et s'oppose à toutes créations de postes provisoires ou au refus de création de postes, pour les raisons précitées. Je vous remercie de votre attention.

**Lachat Thomas, Stadtratspräsident:** Vor der Pause möchte ich nun noch die Begründungen der Dringlichen Vorstösse behandeln. Das Traktandum "Stellenschaffungen / Stellenstreichungen per 1.1.2011" wird nach der Pause weiter debattiert.

**197. Begründung der Dringlichkeit Motion 20100302 Eschmann, BVP, "Rasche Renovation und Eröffnung des Ausflugsrestaurants «Schützenhaus»"**

**Eschmann René, parteilos:** Das Restaurant Schützenhaus liegt an bester Lage. Es befindet sich in einem Dornröschenschlaf, der Gemeinderat unternimmt nichts. Die nächste Saison steht kurz bevor, der Frühling ist nicht mehr weit. Die Fraktion BVP plus möchte, dass dieses Restaurant, welches der Stadt gehört, so schnell als möglich wieder in Betrieb genommen werden kann.

**Die Dringlichkeit wird gewährt.**

**198. Begründung der Dringlichkeit Postulat 20100303 Nicati, PRR, "Stadtratssaal in der Burg"**

**Nicati Alain, PRR:** Ce postulat urgent demande à ce que le Bureau du Conseil de ville prenne les dispositions nécessaires afin que le Conseil de ville puisse retourner au plus tard en mars 2011 dans son ancienne salle du Bourg et que le Règlement de la salle du Conseil de ville soit soumis au Conseil de Ville encore en décembre 2010. Il est possible que cela engendre des questions, mais il n'y a aucun élément objectif, qui empêche le Conseil de ville de retourner dans cette salle. Nous pourrions même y retourner en cette fin d'année. Laissons cependant passer encore quelques mois, afin que les locaux soient prêts. Je vous remercie.

**Die Dringlichkeit wird gewährt.**

**199. Begründung der Dringlichkeit überparteiliche Motion 20100301 Stefan Kaufmann, Forum Biel/Bienne, Max Wiher, GLP "Untersuchung Vorkommnisse im Erwachsenen- und Jugendschutz"**

und

**200. Begründung der Dringlichkeit überparteiliche Interpellation 20100304 Stefan Kaufmann, Forum Biel/Bienne, Max Wiher, GLP "Vorkommnisse beim Erwachsenen- und Jugendschutz"**

**Kaufmann Stefan, Fraktion Forum:** In der letzten Stadtratssitzung unterstützte die Fraktion Forum die Intervention der Fraktion GLP nicht, da damals klar war, wer die Berichterstattung über die Vorkommnisse im EJS führen wird. Mittlerweile änderte sich dies, es ist nicht mehr die gleiche Person, welche diese Untersuchung durchführen wird. Deshalb stellen sich für die Fraktion Forum nun einige Fragen an den Gemeinderat. Zudem möchte die Fraktion, dass der Stadtrat in geeigneter Form über die Resultate der Untersuchung informiert wird. Deshalb reichte sie zusammen mit der Fraktion GLP eine Motion und eine Interpellation zum gleichen Thema ein.

**Die Dringlichkeit wird für beide Vorstösse gewährt.**

**Sitzungsunterbruch: 20.00 Uhr - 21.15 Uhr**

**196. 20100265 Stellenschaffungen / Stellenstreichungen per 1.1.2011 (Fortsetzung)**

**Bösch Andreas, Grüne Biel:** Wenn ich es richtig verstehe, stehen nun zwei Vorschläge im Raum. Der erste ist der Vorschlag von Herrn Scherrer, bei welchem es darum geht, die 1,7 Stellen für die Verkehrsüberwachung und die 8,4 Stellen beim EJS nicht zu schaffen. Der zweite ist der Vorschlag der Fraktion Forum, welcher von der Fraktion GLP unterstützt wird. Dieser möchte, dass nur so viele Stellen geschaffen, wie auch gestrichen werden. Mir ist der Vorschlag von Herrn Scherrer sympathischer, da bei diesem nachvollziehbar ist, worum es geht. Die Rechnung für den Bereich Verkehrsüberwachung ist etwas schwierig, wenn von einem Rechnungsbetrag von CHF 3,2 Mio. aus der Rechnung 2009 ausgegangen wird. Der Stadtrat weiss, dass damals erhebliche Mindereinnahmen resultierten, da Stellen nicht besetzt waren und die Rotlichtüberwachung aus personellen Gründen, aber auch wegen mangelnder Infrastruktur, kaum ausgeschöpft werden konnte. Als Basis sollte also eher der Betrag dienen, welcher damals budgetiert war. Auch dann beträgt die Zunahme bei den Busseneinnahmen jedoch noch satte 27%. Die ganze Thematik der Geschwindigkeitsüberwachung wurde früher nur durch Rotlichtüberwachung vorgenommen. Es kommt also ein neuer Bereich hinzu. Ich bin klar der Meinung, dass es beim Bussenwesen primär um Sicherheitsaspekte gehen muss. Es soll nicht um eine Abzockerei gehen, bei welcher geschaut wird, dass wegen Bagatellen möglichst vielen Leuten Geld abgeknöpft werden kann. Für mich ist die Geschwindigkeitsüberwachung jedoch überall sicherheitsrelevant. Auch an Orten, welche vielleicht subjektiv als sicher wahrgenommen werden, kann etwas passieren,

wenn ein Auto mit 65 km/h fährt und ein unbeleuchtetes Velo entgegenkommt. Auch ich bin dagegen, dass Velos ohne Licht fahren. Velofahrende ohne Licht müssen gebüsst werden. Dahinter stehe ich. Dieses Verhalten ist nicht nur für Velofahrende gefährlich. Der Vergleich hinkt jedoch. Beim Fahren ohne Licht handelt es sich um fahrenden Verkehr, welcher von der Kantonspolizei kontrolliert wird. Für mich ist der Fall klar: diese 1,7 Stellen müssen geschaffen werden. Biel hat schliesslich auch die entsprechende Infrastruktur angeschafft. Die Einnahmesteigerung kommt nicht ausschliesslich von der Rotlicht- und Geschwindigkeitsüberwachung. Sie kommt vor allem auch aus den Parkbussen. Wenn ich mich in der Stadt umschaue, sehe ich schon Potenzial dafür.

Zum Vorschlag, nur so viele Stellen neu zu schaffen, wie auch gestrichen werden: Hier sehe ich das Problem, dass nur auf die Stellenprozente geschaut, aber der fragliche Betrag ausser Acht gelassen wird. Es gibt teurere und weniger teure Stellen. Es wäre deshalb konsequenter, mit Ausgaben zu rechnen und nicht mit Stellenprozenten. Falls ich es richtig verstanden habe, beinhalten die aufgelösten Stellen auch solche, die von der Stadt an den Kanton übergangen. Nun wird mit der Logik argumentiert, dass die Stadt Stellen nicht schaffen kann, die vom Kanton bezahlt werden. Hier müsste man so konsequent sein, Stellen, die von der Stadt an den Kanton gehen, nicht auszugleichen. Dann würden nur noch 4,5 Stellen genehmigt werden.

Ich habe aber ein ganz generelles Problem. Schauen wir uns unseren Gemeinderat an! Er hat acht Mitglieder und der Stadtpräsident ist dafür bekannt, dass er strenge Budgets erstellt. Von mir aus gesehen ist er nicht der Hardcore-Sozialstellenschaffende, welcher sich dadurch auszeichnet, den sozialen Bereich aufzublasen. Die dem Stadtrat vorgelegten Stellen wurden vom Gemeinderat aufs Gründlichste geprüft und wurden vom ganzen Gremium abgesegnet. Der Stadtpräsident braucht aber noch drei weitere Gemeinderatsmitglieder, um einen Entscheid durchzubringen. So entstand dieser Vorschlag. Sollte sich zeigen, dass eine gute Begründung vorliegt, eine Stelle nicht zu schaffen, dann könnte ich mich hinter eine Ablehnung stellen. Das Argument, die Linke sei gegenüber den Stellenschaffungen im Sozialbereich unkritisch, zählt für mich nicht. Ich empfinde die Reaktion der Linken viel eher umgekehrt: jede Stelle, welche im Sozialbereich geschaffen werden soll, wird angezweifelt. Ich plädiere dafür, den Vorschlag des Gemeinderats vollumfänglich zu unterstützen.

**Stöckli Schwarzen Heidi, SP:** Ich möchte mich zu den Stellen im Bereich Schule und Sport und zum EJS äussern. Herr Pichard, Sie fordern mich heute mit Ihren Voten heraus! Ich schätze und anerkenne die Arbeit der Schulleitungen und auch deren zunehmende Professionalität als Führungsgremien. Ich gehe jedoch nicht mit Ihnen einig, dass die Schulleitung für alles das richtige Gremium ist und dass es die Verwaltung oder eine Aufsichtsstelle nicht braucht. Die Fachstelle Kindergarten wurde von Herrn Pichard leicht despektierlich als Büro bezeichnet, welches ein bisschen Beratungen durchführe. Sie macht aber mehr als das. Sie bietet Unterstützung und Beratung an, weil die meisten Schulleitungen keine Ahnung von der Kindergartenstufe haben. Dort besteht ein Nachholbedarf. Die Fachstelle Kindergarten leistet auf dieser Stufe sehr viel für die Qualitätssicherung und sie ist ein Beitrag zur Weiterentwicklung des Schulsystems. Was im Kindergarten nicht erkannt

und aufgefangen werden kann, wird auf Schulstufe nur teurer. Deshalb ist es für mich klar, dass ich diese Stellenschaffungen unterstützen werde.

Im Auftrag der GPK habe ich noch eine Frage betreffend des EJS: Die Stellenschaffungen im EJS waren bereits letztes Jahr Thema im Gemeinderat. Es war die Rede von einem Evaluationsbericht Gfeller. In diesem Zusammenhang wurde die BSKD aufgefordert, einen Vorschlag zur Umsetzung von Verbesserungsmaßnahmen bei den administrativen Abläufen zu unterbreiten. Ist diese Umsetzung in Form der Schaffung eines Zentrums für Verwaltungsdienste zu sehen, für welches jetzt 5,1 Stellen beantragt werden? Die GPK möchte wissen, ob diese Aufgabe befriedigend erledigt wurde.

**Baltzer Niklaus, SP:** Offensichtlich ist Wahlkampfzeit und mir stösst Einiges auf... Die von Herrn Kaufmann erwähnten Zitate von Parkinson können heute nicht mehr so angewendet werden. Anfangs der 90er-Jahren hatten sie vielleicht ihre Richtigkeit. Von freisinniger Seite her sollte das aber jetzt verdaut sein. Dies insbesondere auch, nachdem die Eidgenossenschaft im Bankenwesen, einem offensichtlich zu wenig geregelten Wirtschaftssektor, CHF 68 Mrd. einschiessen musste und weltweit mehrere CHF 1'000 Mrd. wegen zuwenig staatlicher Kontrolle verloren gingen. Die Sicht auf die Verwaltung, welche hier heute von freisinniger Seite abgegeben wurde, ist sehr despektierlich. Ich bin erstaunt darüber. Was Herr Kaufmann in dieser Pauschalisierung über die Verwaltung sagt, ist katastrophal. Pauschalisierungen sind überhaupt katastrophal. Ich denke dabei auch an die Pauschalisierung, dass alle Velofahrenden Idioten seien, wie es Herr Scherrer sagte. Diese Auffassung finde ich sehr seltsam. Wenn ich mich umschaue, sehe ich vor allem Autos, die den Velofahrenden den Platz wegnehmen. An Herrn Scherrers Stelle wäre ich mit meinen Äusserungen vorsichtiger und würde gegenseitigen Respekt einfordern. Dies wären meine politischen Aussagen, welche aber mit dem Geschäft an und für sich nichts zu tun haben.

**Ogi Pierre, PSR:** J'aimerais ici et avant tout défendre les places de travail. Monsieur Pichard parle des places de travail comme s'il s'agissait de gangsters, qui essayaient de travailler ou des profiteurs! Si le personnel a augmenté dans l'Administration municipale depuis dix ans, cela veut dire que la Ville de Bienne ne s'est jamais aussi bien portée: 120 mio. fr. dans les comptes spéciaux et 50 mio. fr. de fortune avec des profiteurs, vous vous rendez compte? Je pense que la seule place qui intéresse Monsieur Pichard est la sienne. Le personnel engagé par la Ville de Bienne est extrêmement capable et il amène quelque chose à la Ville. La Ville de Bienne est un bon employeur. Les personnes travaillant à la Ville de Bienne ont un salaire acceptable et les conditions de travail sont bonnes. Le personnel qui travaille pour la Ville de Bienne rend service à la population. Tout le monde a droit à un bon service public. Les personnes qui ne sont pas favorables à un engagement de personnel sont celles qui veulent faire travailler les ouvriers jusqu'à 67 ans. C'est un non-sens! Je félicite le Conseil municipal de nous avoir présenté ce rapport.

Les piétons sont mal protégés. Lorsque je suis venu ici ce soir, j'ai vu des vélos qui ne s'arrêtent pas aux feux rouges, qui circulent sur les trottoirs, etc. Tout à l'heure, si une maman n'avait pas tiré son enfant, un cycliste l'aurait renversé. Il serait peut-être temps de protéger les piétons dans les rues. Merci.

**Mischler Peter, SP:** Ich nehme an, in diesem Saal wissen alle, welchen Beruf ich ausübe. Herr Scherrer, ich fühle mich trotzdem nicht als Goldesel der Stadtverwaltung. Momentan sind die Raser in allen Zeitungen präsent. Dagegen muss etwas unternommen werden. Auch ich fuhr schon zu schnell und Herr Eschmann erwischte mich in seiner Funktion als Stadtpolizist. Ich bezahlte, wie alle anderen auch. Übrigens war ich auf dem Weg zur Arbeit! Wer war Schuld, dass das Auto zu schnell war? Nicht Herr Eschmann, auch nicht sein Radar. Es war mein rechter Fuss, dieser war Schuld, und er wurde vom Kopf gesteuert. Dies nur zu Ihrer Kenntnis. Der Gemeinderat sprach das Geld für ein neues Geschwindigkeits-Messsystem SEMISTA, welches vor allem der Arbeit in den Quartieren dient. Mit den sonst üblichen Überwachungsanlagen können nur Hauptstrassen überwacht werden, nicht aber Quartiere. Das Gemeinde- und Polizeiinspektorat erhält sehr viele Anfragen von QuartierbewohnerInnen, welche sich vernachlässigt fühlen, weil der Kantonspolizei die Kapazität für die Kontrolle in den Quartieren fehlt. Das neue Gerät braucht natürlich Personal, es bedient sich nicht von selbst. Deshalb möchte ich noch ein paar andere Zahlen anfügen: Die Stadt Winterthur hat über 100'000 EinwohnerInnen. Sie hat 240 Stadtpolizisten, davon sind 60 nicht uniformiert. Sie sind zum Beispiel für Märkte zuständig und stehen nicht auf der Strasse. Sie verteilen auch keine Bussen und machen keine Radarmessungen. Die Bearbeitung der fixen und mobilen Rotlichtüberwachungen beansprucht in Biel fünf Stellen. Die Infrastruktur besteht aus zehn fixen Kameras zur Rotlichtüberwachung und fünf fixen Kameras zur Überwachung von Rotlicht und Geschwindigkeit. Dazu kommen ein mobiles Radar- und zwei Lasergeräte. Für dieses Jahr waren Einnahmen von über CHF 10 Mio. budgetiert. Dieses Ziel wird nicht erreicht werden können. Winterthur ist froh, wenn CHF 8 Mio. eingenommen werden können. Dabei stehen der Stadt mehr Leute und mehr Geräte zur Verfügung als in Biel! Vor diesem Hintergrund gibt es mir zu denken, dass die 1,7 neu zu schaffenden Stellen so viel zu diskutieren geben.

**Kaufmann Stefan, FDP:** Ich finde es erstaunlich: kaum wird über Effizienzüberprüfung gesprochen, wird dies als despektierlich gegenüber der Verwaltung angeschaut. Ich glaube mich zu erinnern, gesagt zu haben, die Bemerkungen zum Verhalten in Verwaltungen gelte nicht nur in öffentlichen, sondern auch in privaten Verwaltungen. Es geht also auch um diejenigen, welche Herr Baltzer vorhin angetönt hat. Ich arbeitete 20 Jahre in einer Grossfirma und erlebte diese Verwaltungen, sie funktionieren genau gleich. Wie überall gibt es Leute, die hervorragend arbeiten und solche, die damit mehr Probleme haben. Dies muss akzeptiert werden. Die Fraktion Forum plädiert jedoch dafür, jetzt nicht die Verwaltungsreform 2013 zu torpedieren. Diese kann abgewartet werden, jetzt sollte bei neuen Stellenschaffungen Zurückhaltung geübt werden. Herr Bösch, ich sagte, die Fraktion Forum sei bereit, zu streichende Stellen durch neue zu ersetzen. Davon sind 4,5 Stellen solche, welche von der Stadt an den Kanton gehen. 4 neue Stellen betreffen die KITAS und werden vom Kanton bezahlt. Zwei weitere Stellen sind in der Liegenschaftsabteilung.

**Löffel Christian, EVP:** Der Gemeinderat präsentierte dieses Jahr seine neue Finanzstrategie. Auf der Einnahmeseite sollen CHF 10 Mio. mehr eingenommen, auf der Ausgabeseite CHF 10 Mio. weniger ausgegeben werden. Dies führte der Gemeinderat dem Stadtrat klar vor Augen. Neben der Verwaltungsreform 2013 ist dies der Grund dafür, weshalb die ganze Fraktion Forum, und nicht nur der Freisinn, der Meinung ist, es sei falsch, jetzt neue Stellen zu schaffen. Im Rahmen der

Verwaltungsreform will die Stadt in den Spiegel schauen und feststellen, was die Verwaltung jetzt macht und welche Dienstleistungen die Stadt in Zukunft erbringen kann. Werden diese Dienstleistungen richtig erbracht und könnten sie allenfalls mit einem zentralen Verwaltungsgebäude optimiert werden? Langsam aber sicher muss sich der Stadtrat mit dem Gedanken anfreunden, dass die Strukturreform Stellen kosten wird. Sonst macht die ganze Übung keinen Sinn. Wo sonst soll ausgabenseitig gespart werden? Wenn die Reform durchgeführt werden soll, muss auf jeder Ebene optimiert werden. Das heisst, dass irgendwo Stellen gestrichen werden müssen. Deshalb sollten jetzt nicht neue Stellen zusätzlich geschaffen werden, wenn dann in ein oder zwei Jahren wieder Stellen gestrichen werden. Bezüglich Stellen ist es nicht der Stadtpräsident, der im Sozialbereich Stellen schafft, sondern jemand anderes. Es wurden sehr viele Stellen geschaffen. Die Direktion sollte vielleicht einmal Rechenschaft darüber ablegen und nicht immer nur mit Quantität antworten, sondern auch einmal hinschauen und Fragezeichen setzen. Bei der Diskussion zu den Auto- und Velofahrenden bin ich der Meinung, dass sich nur diejenigen äussern sollten, die sich immer korrekt verhalten. Deshalb wünsche ich mir an Herrn Baltzers Velo künftig vorne und hinten eine Lampe, wenn er nachts unterwegs ist...

**Habegger Markus, parteilos:** Es ist müssig, über Radaranlagen oder Bussenveranlagungen zu diskutieren. Ich bin der Meinung, dass diese nötig sind. Wenn jemand gebüsst wird, hat dies immer einen Grund. Ich finde das Ganze aber etwas scheinheilig. Die Sicherheit wird nur vorgeschoben. In erster Linie sind Anlagen dazu da, um Geld einzunehmen. Ich finde das in Ordnung. Es sollte aber auch so kommuniziert werden, statt immer alles auf den Buckel der Sicherheit für Velofahrende und FussgängerInnen abzuwälzen. Neue Geräte werden auch nur angeschafft, weil sie effizienter und leistungsfähiger sind und dadurch noch mehr Geld einbringen. Das ist jedoch auch richtig. Es sollte aber nicht immer gesagt werden, es gehe nur um die Sicherheit und werde nur wegen den Schulkindern und den Velofahrenden getan. Vor zwei Monaten wurde im Stadtrat in anderem Zusammenhang über Sicherheit diskutiert. Es sollten Stellen geschaffen werden, um die Sicherheit nachts zu verbessern. Damals war die Sicherheit für die Linken nicht so wichtig wie heute. Offenbar hat die Sicherheit zwei Seiten. Ich möchte die Sicherheitsdirektorin fragen, welche Seite der Sicherheit für sie wichtiger ist. Die Sicherheit auf der Strasse oder die Sicherheit des inneren Friedens einer Stadt? Herrn Baltzer möchte ich bitten, seine Aussagen zu den nachgeschobenen Milliarden etwas zu präzisieren, damit auch ich verstehe, worum es geht. Ich verstand nicht, worum es bei dieser Belehrung ging. Ich bitte also Herrn Baltzer, jeweils etwas weiter auszuholen, damit ihn auch Leute verstehen, die nicht so lange zur Schule gingen wie er (*Gelächter*).

**Magnin Claire, Les Verts Bienne:** La droite met beaucoup d'espoir dans la restructuration de l'Administration, ce qui me rend un peu songeuse. La restructuration veut-elle dire supprimer le plus possible des postes de travail? Il y a des dépenses de personnel servant à maintenir le fonctionnement normal d'une société et il y a des dépenses qui permettent d'avoir une vision d'avenir. Ces dépenses permettent à terme d'économiser. Aujourd'hui, vu la situation économique, beaucoup de personnes se trouvent dans des situations très difficiles. L'augmentation du nombre de personnel dans les crèches offre aujourd'hui également une aide, qui demain permettra d'économiser des frais beaucoup plus importants, suivant le

développement de la situation sociale. Il faut avoir cela en tête et pas seulement à court terme. Merci.

**Grupp Christoph, Grüne Biel:** Der Reigen der Rednerinnen und Redner ist gross. Vorhin bemerkte jemand, wahrscheinlich wüssten sowieso bereits alle, wie sie bei diesem Traktandum abstimmen werden. Trotzdem möchte ich nochmals ein kleines Plädoyer halten. Für mich ist der Bericht des Gemeinderats in sich schlüssig. Es ist doch einem Stadtrat, einer Stadträtin nicht möglich, bei jeder Stellenschaffung den Hintergrund zu kennen und abzuschätzen, ob sie wirklich nötig ist oder nicht. Ich hatte mit einer der fraglichen Stellen zu tun, nämlich mit der Fachstelle Kindergarten. Ich nahm sie als gute und wichtige Stelle wahr. Dort wird die Weiterbildung der KindergärtnerInnen sichergestellt, es findet ein Austausch statt, der sonst nirgends mehr Platz hat. Die Kindergärten sind heute den Schulleitungen angegliedert. Dadurch haben die KindergärtnerInnen nicht mehr die gleiche fachliche Betreuung und Begleitung wie früher. Ich sah, was an dieser Fachstelle geleistet wird und bin überzeugt, dass es eine wichtige Stelle ist. Vertrauend auf den Gemeinderat schliesse ich daraus, dass die anderen beantragten Stellen ebenso wichtig sind. Ich bin sicher, dass auch er ein gewisses Sparziel vor Augen hatte und die nun beantragten nötigen Stellen nur das Minimum sind. Ich bitte den Stadtrat, entsprechend abzustimmen.

**Isler Peter, SP:** Was den Herren Kaufmann und Pichard fehlt, ist Vertrauen. Ich spüre überhaupt kein Vertrauen. Bei Herrn Pichard ist das ja verständlich. Dass er kein Vertrauen in den Bildungs-, Sozial- und Kulturdirektor hat, ist bekannt und wahrscheinlich irreparabel. Ich frage mich aber, woher es kommt, dass das Vertrauen in den Gesamtgemeinderat fehlt. Wurden so schlechte Erfahrungen gemacht? Lief es in den letzten Jahren so schlecht? Wurden dauernd unnötige Stellen geschaffen? Müssen die dem Stadtrat unterbreiteten Berichte wirklich bis ins hinterletzte hinterfragt werden? Natürlich ist es gut, Fragen zu stellen... aber versuchen Sie doch, etwas Vertrauen in den Gemeinderat aufzubauen. Dann käme der Stadtrat vielleicht auch mit den Geschäften etwas zügiger voran.

**Güntensperger Nathan, GLP:** Es geht mir um etwas Kleines, das völlig vergessen wurde. Es handelt sich um das Betreuungsteam des Bieler Besuchstreffs. Ich stellte fest, dass 10% für die Leitung, 5% für die Koordination und 10% für ReferentInnen vorgesehen sind.  $\frac{3}{5}$  der beantragten 25% sind da, um zu organisieren und koordinieren. Die tatsächlich zu erbringende Leistung wird mit den verbleibenden  $\frac{2}{5}$  abgedeckt. Wie können 25 Stellenprozente auf vier Köpfe verteilt werden? Das ist mir ein Rätsel! Wenn nur noch gesagt wird, man solle Vertrauen in die Verwaltung haben und alles schlucken, dann frage ich mich, wofür der Stadtrat noch da ist. Dann kann die Verwaltung auch alles in Eigenregie erledigen.

**Pichard Alain, GLP:** Ich habe das Gefühl, der Stadtrat hört nicht zu... Es geht nicht um eine Desavouierung der städtischen Angestellten. Ich bin Mitglied des VPOD (Verband des Personals Öffentlicher Dienste)! Ich habe mich jahrelang für die städtischen Beamten eingesetzt und tue dies heute noch. Ganz viele Stellen in dieser Stadt sind wichtig. Herr Isler, Sie müssen meine Stimmen doch nicht auf einen Privatkrieg reduzieren! In den Grossratswahlen hat Ihre Partei 5,8% verloren. Und ich Ihnen kann sagen wo: zum Teil beim Lehrpersonal. Diese Politik versteht niemand mehr. Vor zehn Jahren sprach ich noch wie Herr Ogi. Mittlerweile bin ich in einer

Fraktion, die zu 75% aus selbstständigen Unternehmern besteht. Sie hingegen sind halt in einer Fraktion, in welcher mindestens 80% Angestellte sind. Dies sind ganz andere Blickwinkel. Es ist klar, dass Herr Ogi sagt, die städtischen Angestellten sind gut. Eine Behauptungskultur bringt die Stadt aber nicht weiter! Ich nannte klare Gründe, weshalb diese Stellen nicht effizient sind. Es wird mir immer alles als Generalangriff ausgelegt. Herr Baltzer sagt, man solle nicht pauschalisieren. Die Linke macht dies aber ständig. Frau Magnin, ich wehre mich nicht gegen Krippen. Ich wehrte mich gegen den Aufbau, gegen den Beratungs- und Therapiegürtel, welcher in den letzten Jahren gewaltig wuchs. Es wurden ja auch ganz viele Stellen bewilligt. Es ist ja nicht so, dass die Fraktion GLP immer nein sagt. Herr Ogi sagt, es sei jedes Jahr das Gleiche. Das stimmt doch nicht! Es wurden ganz viele Stellen bewilligt. Ich wurde von vielen Lehrpersonen aufgefordert, mich gegen diese Stelle zu wehren. Sie wollen direkte Ressourcen, keine vorgesetzte Stelle. Diesen Lehrpersonen werde ich das heutige Abstimmungsresultat per SMS mitteilen. Etwas kann man mir nicht nehmen: meine Erfahrung und mein Bezug zur Basis.

**Sermet-Nicolet Béatrice, PSR:** Je vais essayer d'être très brève. J'aimerais juste faire deux petites remarques. Le poste prévu au Département Écoles & Sport est un poste qui doit offrir un soutien aux directions d'écoles dans les cas difficiles. Il doit soutenir les tâches administratives, dont les écoles sont chargées. Depuis quelques années, les écoles doivent répondre à des critères de qualité. Ces critères de qualité doivent être mesurés. Pour les mesurer, des concepts sont mis en place et sont introduits. Ces critères de qualité n'ont pas été demandés par la gauche, mais par un système qui veut que les écoles prouvent qu'elles font du bon travail. Tant pour le poste de responsable du Secteur des écoles, que pour le poste au Centre de ressources des écoles enfantines, qui seront aussi chargés de ces tâches-là, notamment de tâches administratives, le Conseil de ville peut-il décemment dire non? Il est vrai que les tâches administratives ont augmenté. Je suis bien placée pour le savoir. Nous ne pouvons pas refuser les ressources pour les accomplir. Le Conseil de ville doit faire preuve de responsabilité. J'en appelle à la responsabilité de toutes et de tous. Merci de votre attention.

**Stöckli Hans, Stadtpräsident:** In den letzten Jahren verfolgte der Gemeinderat eine klare Personalpolitik, deren Ziel es ist, nicht viel Personal zu haben, dafür gut bezahltes. Als ich Stadtpräsident wurde, wurde ich darauf aufmerksam gemacht, dass ich nun personalmässig Arbeitgeber der grössten Unternehmung der Stadt sei. Heute stelle ich fest, dass ich leider nur noch der viertgrössten Unternehmung vorstehe. Daraus lassen sich zwei positive Signale ableiten: Erstens sind drei weitere Unternehmungen gewachsen und zweitens baute die Stadt in den letzten 20 Jahren wesentlich mehr Stellen ab als sie schuf. Dies war nicht einfach. Ich kann mich an Ratsdebatten erinnern, an welchen der Stadtrat mehr Stellen schaffen wollte als der Gemeinderat. Dieser ärgerte sich oft darüber, dass seine Sparbemühungen vom Rat nicht getragen wurden. Der Gemeinderat hat das klare Ziel, nur ausgewiesene und wirklich nötige Stellen zu schaffen. Ein solches Beispiel ist das Stadtarchiv: der bürgerliche Sprecher fragte vorhin, weshalb diese Stellen nicht schon 2006 geschaffen wurden. Der Grund ist, dass der Gemeinderat Stellenschaffungen so lange wie möglich zurückstellt und diese immer wieder hinterfragt. Nun ist es so, dass der grösste Teil der Stellen, welche heute zur Diskussion stehen, bereits besetzt sind. Sie wurden vom Gemeinderat provisorisch geschaffen, wozu er das Recht hat. Wenn diese Stellen nun nicht bewilligt würden, müssten diese Leute entlassen werden. Es



ist ein gutes Signal, wenn der Stadtrat betreffend Stellenschaffungen kritischer wird; in den letzten Jahren fühlte ich mich jeweils wenig unterstützt. Ich empfehle dem Stadtrat, über jede Stellenschaffung einzeln zu befinden.

Der Gemeinderat will eine effiziente und effektive Verwaltung. Dafür leitete er das Projekt "Strukturreform" ein. Dies notabene von sich aus und ohne Druck aus dem Parlament. Der erste Teil dieser Reform wurde vom Volk bereits angenommen. Im Parlament gab es viele Stimmen, die mehr Gemeinderäte wollten. Zum Glück konnte eine Kompromisslösung gefunden werden. So kann nun auf dem Fünfermodell aufgebaut werden. Der Gemeinderat wird noch in diesem Jahr wichtige Vorentscheide treffen und der Stadtrat wird in der Junisitzung des nächsten Jahres konkret definieren können, wieviele Stellen im Rahmen der Verwaltungsreorganisation aufgehoben werden sollen. Es ist der klare Wille des Gemeinderats, diese Arbeit ernst zu nehmen. Personalkosten können durch Reorganisation, durch Verbesserung der Abläufe und Zusammenfügen von Zusammengehörendem eingespart werden. Allein durch den Bau eines zentralen Verwaltungsgebäudes könnten geschätzte CHF 500'000.- bis CHF 800'000.- Personalkosten pro Jahr eingespart werden. Ich hoffe, dass die nun im Saal herrschende Stimmung den Winter überdauert und auch im nächsten Juni zum Tragen kommt. Der Gemeinderat sieht im Service Public nicht den Erhalt von Arbeitsplätzen. Vielmehr sollen Dienstleistungen erbracht werden. Dies stösst nicht überall auf die gleiche Gegenliebe. Deshalb glaube ich, dass diese Stellenschaffungen differenziert zu betrachten sind. Es wäre jedoch falsch, den generellen Verdacht zu äussern, Sparbemühungen würden bei den Stellenschaffungen nicht beachtet. Spannend wird es, wenn der Vorstoss der Fraktion Forum zu einem Stellenmoratorium besprochen wird. Dort wird es Gelegenheit geben, Pflöcke einzuschlagen. Der Gemeinderat hat seine Antwort verabschiedet. Sie sollte in der nächsten Stadtratssitzung traktandiert werden. Anlässlich dieser Diskussion können generelle Aussagen zur zukünftigen Personalpolitik gemacht werden. Heute möchte der Gemeinderat aber eine korrekte Nachführung des Personalbestandes erreichen. Ich wiederhole: der Gemeinderat will nicht viel Personal, sondern gut bezahltes Personal. Die Verwaltungsstruktur muss regelmässig überprüft werden. Es muss alles unternommen werden, wenn mit strukturellen Veränderungen Personalkosten eingespart werden können. Dafür ist der Gemeinderat bereit und dafür setzt er sich ein. Was nun einzelne Stellen anbelangt, werden die betreffenden GemeinderätInnen Auskunft geben. Was meine Direktion betrifft, wurden die Stellenbegehren nicht bestritten. Ich muss mich also nicht weiter äussern und übergebe das Wort gerne an Frau Schwickert.

**Schwickert Barbara, Sicherheitsdirektorin:** Ich möchte zuerst Herrn Habegger antworten. Er stellte die Frage, ob mir die Verkehrssicherheit oder die allgemeine Sicherheit wichtiger sei. Diese beiden Bereiche sollten nicht gegeneinander ausgespielt werden. Beide haben ihre Berechtigung. Die Stadt zahlt CHF 10 Mio. an die Kantonspolizei, damit diese wichtige Aufgaben erfüllt. Im Gegensatz beispielsweise zu Bern machte Biel aus der Kantonalisierung von polizeilichen Aufgaben kein Sparprogramm. Was hätte gespart werden können, wurde in mehr Stellen investiert. Somit sind mir und auch dem Gemeinderat die von Herrn Habegger angesprochenen Bereiche wichtig. Stadtintern gibt es immer noch rund 37 Stellen im Sicherheitsbereich. Gerade das Gemeindepolizeiinspektorat übernimmt sehr wichtige Aufgaben. So trägt beispielsweise eine gute Kontrolle des ganzen Bereichs

Gastgewerbe viel zur Sicherheit in unserer Stadt bei. Ein anderer Teil ist die Verkehrssicherheit. Ich bin sehr froh, dass Herr Habegger damit einverstanden ist, dass auch darauf ein Augenmerk gelegt wird. Die Hauptursache von Verkehrsunfällen ist immer noch die übersetzte Geschwindigkeit. Im Vergleich zum Vorjahr nahmen die Verkehrsunfälle im Kanton 2009 um mehr als 1% zu. In Biel nahmen sie im gleichen Zeitraum sogar um 3,5% zu. Übersetzte Geschwindigkeit war immer der Hauptgrund für die Unfälle. Herr Mischler erwähnte die Raser. Diese sind ein weiterer Punkt. Gerade in den Quartieren wünschen sich viele Leute Verkehrskontrollen. Mit dem halbstationären Radargerät hat Biel nun die Möglichkeit, dieses Bedürfnis abzudecken. So können heikle Punkte zum Beispiel in der Nähe von Schulen kontrolliert werden. Sobald die neue Anlage aber da ist, braucht die Stadt jemanden, der sie bedienen kann. Sie arbeitet nicht von allein. Zwar nimmt sie die Fotos automatisch auf. Diese müssen dann aber ausgewertet werden und für jede Geschwindigkeitsüberschreitung muss eine relativ aufwändige Dokumentation erstellt werden, die Bussen müssen ausgestellt und für das Inkasso gesorgt werden. Deshalb wird in diesem Bereich eine zusätzliche Person benötigt. Mit dem jetzigen, knappen Personalbestand kann diese Aufgabe nicht bewältigt werden. In meiner Direktion wurde auch gespart, vielleicht hat der Stadtrat dies bemerkt. Dabei geht es nicht nur um Stellen, die jetzt zum Kanton gehen. Auf dem Polizeiinspektorat wurden 0,7 Stellen abgebaut. Die Sicherheitsdirektion prüft immer, welche Abbaumöglichkeiten es gibt. Andererseits entstehen auch Bedürfnisse, welche eine neue Stelle unabdingbar machen. Nun noch ein Wort zu den Einnahmen, welche die 1,7 neuen Stellen generieren könnten. Herr Habegger, mir geht es tatsächlich um die Verkehrssicherheit. Vielleicht schauen das andere unter einem anderen Aspekt an. Bei mir geht es aber um die Sicherheit. Trotzdem möchte ich auf die finanziellen Konsequenzen hinweisen: wenn die 1,7 Stellen nicht geschaffen werden, müsste das Budget um CHF 1,7 Mio. korrigiert werden. Diese Einnahmen wären erfahrungsgemäss möglich. Ich bitte den Stadtrat, die 1,7 Stellen zu schaffen. Wie gesagt, konnten andere Stellen eingespart werden. Zudem ist ein Teil der neuen Stellen bereits provisorisch besetzt. Wie Herr Stöckli bereits erwähnte, müssten diese Personen entlassen werden, wenn die Stellen nicht bewilligt werden. Dies ist auch in der Abteilung Bevölkerung der Fall. Auch dort müsste jemand entlassen werden, falls die Stelle nicht bewilligt würde.

**Moeschler Pierre-Yves, directeur de la formation, de la prévoyance sociale et de la culture:** J'ai l'honneur de parler au nom d'un domaine en plein développement, qui représente de nombreux secteurs connaissant des besoins accrus depuis plusieurs années. Je pense aux structures autour de l'école publique (écoles de jour et crèches) et aussi aux affaires sociales. Tout ces secteurs ont connu et connaîtront encore des développements importants dans les années à venir. Ces développements sont donnés par l'évolution de la société, par des volontés politiques claires, qui ont été mises en œuvre, au cours des dernières années. L'évolution, dont je mentionne, a été régulièrement soutenue et voulue par le Conseil de ville. Il a donné les impulsions nécessaires en matière de travail social scolaire, de structures extrafamiliales (crèches, écoles de jour). Grâce à cela, la Ville de Bienne a pu procéder à la réforme des structures de gestion de l'école publique, d'une manière exemplaire, par rapport à d'autres villes. Nous avons pu, dans le domaine des écoles de jour, être à la pointe du développement et ne pas avoir dû franchir de pas supplémentaires importants, au moment où le Canton a introduit, dans la loi, l'obligation de répondre à la demande. L'offre a pu être développée dans le domaine

des crèches et la Ville a pu, dans le domaine social, répondre aux besoins et réformer les services, de manière à ce qu'ils soient plus performants.

Une grande discussion a eu lieu au Conseil de ville, en automne 2008, concernant la création du premier SIP (Service de l'intégration professionnelle), qui a ensuite été baptisé SSIP (Service spécialisé de l'intégration professionnelle). À chaque fois, ces évolutions et ces décisions ont été la conséquence de réflexions approfondies, de restructurations et de décisions basées sur des avis extérieurs, multiples et croisés. Ce n'est pas seulement le département qui demande des ressources. Si je dis tout cela, ça veut dire, que ce que j'ai entendu en partie ce soir consiste malheureusement à remettre en cause ces évolutions. Le Conseil municipal est d'avis, que la ligne suivie a été la bonne et que d'interrompre cette évolution serait une remise en cause fondamentale, de ce que nous voulons en matière d'écoles, de crèches, d'écoles de jour, de travail social scolaire et de travail social.

Pour être plus concret, vous avez parlé en particulier de la situation au Département de la protection de la jeunesse et des adultes. Cette situation est difficile à accepter. Je voudrais souligner, que les besoins et les tâches dans ce domaine sont définis par des lois cantonales et fédérales. Le département ne définit pas ce qu'il a à faire. Il doit le faire, de la meilleure et plus efficace manière possible. Le Canton définit les tâches et les ressources. Donc, la proposition qui vous est faite maintenant est de transférer au département les ressources, que le Canton met à disposition. Il faut que vous sachiez, que le fait de ne pas créer ces postes définitivement ou provisoirement n'a aucune incidence sur le budget, puisque renoncer à ces postes, c'est une économie pour le Canton. Or, le Conseil municipal a créé ces postes, petit à petit, avec l'aide du Conseil de ville.

Je vous rappelle que le Conseil municipal avait eu de la peine à faire le pas cantonal total l'année dernière. C'est grâce à une intervention parlementaire socialiste, que les derniers 45% ont été approuvés à une majorité très importante au Conseil de ville. Cette intervention parlementaire avait alors été approuvée. Elle signifiait déjà, que ces ressources étaient nécessaires, en fonction de l'augmentation permanente des besoins sociaux dans le domaine des curatelles et des tutelles. Par conséquent, afin d'éviter les retards signalés, en particulier dans le domaine des avis de détresse ou dans le domaine administratif des révisions de rapports, il fallait pouvoir aller de l'avant. Après de très nombreuses discussions et interventions parlementaires au Grand Conseil, le Gouvernement s'est décidé à mettre plus de ressources administratives à disposition des assistants sociaux. Dans tout le Canton, un "ouf" de soulagement a été poussé. Aujourd'hui, dans ce Conseil de ville, certaines personnes disent que nous pourrions y renoncer. Concrètement, Monsieur Stöckli a dit la vérité. Cela signifierait, que ces postes devraient être supprimés, car ils ont été créés provisoirement et nous devrions demander à l'avenir à ce département en phase délicate, de renoncer à ces ressources, afin d'accomplir les mêmes tâches. Cela veut dire avoir moins de ressources, que les services de Nidau, Berne ou Thourne, pour faire les mêmes tâches.

Le Département de la jeunesse et des adultes connaît des difficultés. La presse alémanique a relaté des accusations de "mobbing", des accusations concernant le climat de travail et cela ne peut pas être toléré dans l'Administration. C'est la raison pour laquelle, une enquête a été demandée. Elle sera conduite par un ancien juge de

la cours d'appel, Monsieur Hansjürg Steiner. Cette enquête est en cours. Il s'agit, en quelque sorte, d'une préenquête, puisque bizarrement tous ces bruits sont paraît-il attestés par des lettres adressées à la presse et pas à nous. Y a-t-il un fond de vérité? S'il y a un fond de vérité, nous devons naturellement prendre les mesures correctrices indispensables. Ce département devrait-il, en raison de ces doutes, être puni en ayant moins de places de travail? Cela va-t-il améliorer le climat de travail et mieux permettre au département de faire face à cette augmentation constante du nombre de cas? Je voudrais encore dire, que le beco (Économie bernoise) nous a rendu visite, afin d'examiner les instruments que nous avons par rapport à ces questions de climat de travail, de "mobbing" et d'autres questions y relatives. Il a admiré tout simplement les outils mis à disposition par le Département du personnel et la manière dont la Ville de Bienne est armée, pour répondre à ce genre de situation. Il a constaté dans le Département de la protection de la jeunesse et des adultes (PJA), que l'absentéisme, qui est un indicateur important, s'élevait à 5%, y compris toute la formation continue. Ce chiffre est excellent. S'il y a un mauvais climat de travail, généralement, cela a des incidences sur le taux d'absentéisme. Tout cela pour vous dire, que nous n'avons pas d'élément concret pour agir. Sans élément concret pour agir, c'est difficile de le faire! Je trouve, que de proposer le renoncement de ces postes, en raison des doutes et des soupçons qui pèsent, c'est mettre en danger le Département de la PJA, le service public et les services sociaux, vis-à-vis de la population, qui en a le plus besoin. Je parle des curatelles et des tutelles et non pas de l'aide sociale. Il s'agit d'enfants et de personnes âgées, incapables de gérer leurs affaires. Je vous prie donc d'accorder les postes qui vous sont proposés et de ne pas remettre cette affaire en cause.

Au cours de l'année dernière et durant cette année, le Département de la PJA a été réorganisé. Cela signifie, que nous avons constamment cherché à améliorer la qualité. Cette amélioration se concrétise à l'aide du personnel dans son ensemble, avec l'aide d'experts extérieurs et avec l'aide du Conseil municipal. Lorsque la création des postes a été proposée, le Conseil municipal a dit que nous ne le ferons pas avant que le département ait été mis sous la loupe. Nous avons estimé qu'il fallait quelqu'un d'interne à l'Administration. Après l'examen de Monsieur Gfeller et de nombreuses discussions, le Conseil municipal a été convaincu, que la voie proposée, c'est à dire l'organigramme et la répartition des compétences à l'intérieur du département, était la bonne.

À droite du Parlement, il y a souvent davantage de chefs d'entreprises qu'à gauche. C'est pour cette raison, que je me tourne vers la droite. Vous savez, que lorsqu'une administration est réformée, il y a toujours des oppositions. Que diriez-vous, en tant que chef d'entreprise, si certains membres de votre personnel, au lieu de s'adresser à vous, à l'association du personnel ou au chef du personnel, écrivaient des lettres à la presse? Pensez-vous pouvoir véritablement mener une politique efficace du personnel de cette façon? Cette procédure est une faute professionnelle. Je l'ai dit au personnel du Département de la PJA. Cette faute professionnelle cause chaque jour des dégâts énormes au sein du département, en raison de l'insécurité et de l'ambiance de méfiance qui y règnent. Il est important, que le Département de la PJA reçoive un signe fort du Conseil de ville, qui consiste à dire, que la réorganisation est en cours. Si le Conseil de ville dit non à ces ressources, cela veut dire qu'il faudra stopper la réorganisation, revenir en arrière, accepter les retards dans les curatelles

et tutelles et accepter le retard dans le traitement des dossiers et dans l'analyse des rapports.

Nous avons aussi beaucoup parlé des écoles. Monsieur Pichard s'est livré à son slogan favori sur la "Bildungsbürokratie" et sur toutes les personnes, qui ne servent à rien. Cette argumentation est connue depuis la nuit des temps. L'Administration ne sert à rien! Il y a les gens qui travaillent au front, pour de vrai et ceux qui ne sont pas face à des élèves, sont des gens qui s'occupent simplement dans leur bureau et qui fournissent des papiers stériles. Monsieur Pichard, est-ce nécessaire de mener cette discussion aujourd'hui? Je vous invite très cordialement dans mon bureau, afin que nous en parlions plus en détail. Vous avez vous-même participé à toute la procédure, qui a consisté à définir un règlement scolaire et vous l'avez approuvé. Lorsqu'il a été approuvé à l'unanimité par le Conseil de ville, nous avons clairement dit quelles étaient les restructurations nécessaires au niveau du personnel. La suppression des commissions d'écoles ne voulait pas dire laisser les écoles sans soutien. Le responsable du Secteur des écoles et le Centre de ressources des écoles enfantines remplacent les commissions d'écoles. Les représentants des écoles enfantines n'auraient jamais accepté le Règlement scolaire, si nous n'avions pas pu les rassurer en leur disant qu'il y aurait des spécialistes, qui les aideront à s'intégrer à l'école obligatoire. Ces postes ont été acceptés avec ce raisonnement.

Or, nous sommes dans le domaine de l'école enfantine, face à des défis très importants. Ces défis importants ont un nom: "Basisstufe", le cycle élémentaire. Ces deux postes à 40% seront totalement indispensables, je peux vous l'assurer. Une année après l'introduction du Règlement scolaire, des séances ont eu lieu avec les directeurs des écoles et moi-même, afin de faire le point. Quelques directeurs m'ont dit qu'ils se sentent moins soutenus qu'auparavant. Avant, les commissions d'écoles les informaient si la manière de procéder était la bonne ou pas et si les décisions prises étaient correctes. Ces commissions d'écoles ne sont plus là et les directeurs d'écoles demandent donc davantage d'aide. Cela signifie qu'il faut du personnel. Je ne peux pas être partout à la fois et Monsieur Walther non plus. Il y a donc ce poste de Responsable du Secteur des écoles, qui aide les directeurs d'écoles à être autonomes. Pour être autonome, il faut avoir les compétences nécessaires en matière de gestion du personnel, de budget et de prises de décisions. Cette personne a joué un rôle très important ces deux dernières années.

Un dernier point, qui a été mentionné, concerne le 1,5 poste dans les crèches. Une personne n'a pas aimé le raisonnement sur la comparaison entre les crèches publiques et les crèches privées. Comment assurer la qualité dans ces crèches? Nous avons trois immenses crèches municipales. Les Crèches du Bubenbergr, du chemin de Safnern et de l'Avenir ont énormément d'enfants. Le personnel est très occupé. Grâce à l'appoint de 0,5 poste par crèche, nous arrivons à mieux organiser le travail et à faire en sorte que la qualité des crèches soit meilleure. Ces crèches doivent permettre d'accueillir autant d'enfants que possible.

Madame Magnin, vous avez parlé des écoles de jour et vous n'êtes pas contente de notre formulation. Je comprends cela. Néanmoins, en matière d'écoles de jour, il faut savoir que nous sommes tenus par la loi de répondre aux besoins. Nous devons donc constamment créer des postes. Le Canton nous donne de l'argent et c'est avec cet argent que le personnel est rétribué. C'est toujours neutre sur le plan budgétaire.

Pour le moment, nous avons trouvé que c'était trop rigide de passer par la réglementation de postes définitifs au Conseil de ville et qu'il fallait trouver une autre solution. Je vous donne entièrement raison Madame Magnin, la formulation est trop vague. La solution doit être trouvée, elle ne l'est pas encore. Le Département du personnel avec le Chef du Département Écoles & Sport élaborent quelque chose qui soit un peu plus crédible et plus flexible que les règles en vigueur. Cela doit néanmoins être respectueux de l'engagement du personnel, comme vous l'exigez à juste titre. Je crois que j'ai dit tout ce que j'avais à dire. Je vous remercie de votre attention.

**Stöckli Hans, Stadtpräsident:** Da dies das letzte Traktandum zum Thema Personal ist, möchte ich an dieser Stelle dem scheidenden Personalchef für seine grosse Arbeit danken. Die vorhin erwähnte klare Personalpolitik der Stadt ist vor allem der Verdienst von Herrn Huwiler. Mit seiner Übersicht, seiner Kompetenz, seinem Einfluss und seiner Akzeptanz konnte er diese fördern und durchsetzen. Herzlichen Dank für Ihren grossen Einsatz! (*Applaus*)

### **Abstimmung**

- über die Schaffung von 2,00 Stellen in der Abteilung Liegenschaften

**Der Schaffung von 2,00 Stellen in der Abteilung Liegenschaften wird zugestimmt.**

### **Abstimmung**

- über die Schaffung von 1,70 Stellen in der Abteilung öffentliche Sicherheit und Bevölkerung, Bereich Gemeinde-Polizeiinspektorat

**Der Schaffung von 1,70 Stellen in der Abteilung öffentliche Sicherheit und Bevölkerung, Bereich Gemeinde-Polizeiinspektorat wird zugestimmt.**

### **Abstimmung**

- über die Schaffung von 1,00 Stelle in der Abteilung öffentliche Sicherheit und Bevölkerung, Bereich Bevölkerung

**Der Schaffung von 1,00 Stelle in der Abteilung öffentliche Sicherheit und Bevölkerung, Bereich Bevölkerung wird zugestimmt.**

### **Abstimmung**

- über die Schaffung von 1,80 Stellen in der Abteilung Schule & Sport, Leitung Bereich Schulen und Fachstelle Kindergarten

**Der Schaffung von 1,80 Stellen in der Abteilung Schule & Sport, Leitung Bereich Schulen und Fachstelle Kindergarten wird zugestimmt.**

**Abstimmung**

- über die Schaffung von 5,50 Stellen in der Abteilung Schule & Sport, Kitas

**Der Schaffung von 5,50 Stellen in der Abteilung Schule & Sport, Kitas wird zugestimmt.**

**Abstimmung**

- über die Schaffung von 8,65 Stellen in der Abteilung Erwachsenen- und Jugendschutz

**Der Schaffung von 8,65 Stellen in der Abteilung Erwachsenen- und Jugendschutz wird zugestimmt.**

**Abstimmung**

- über die Streichung von 4,55 Stellen im Arbeitsgericht und Mietamt

**Der Streichung von 4,55 Stellen im Arbeitsgericht und Mietamt wird zugestimmt.**

**Abstimmung**

- über die Streichung von 2,00 Stellen im Strasseninspektorat bzw. früher Stadtpolizei

**Der Streichung von 2,00 Stellen im Strasseninspektorat bzw. früher Stadtpolizei wird zugestimmt.**

**Schlussabstimmung**

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 3. September 2010, gestützt auf Art. 40 Ziff. 1 Bst. k der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1):

1. Unter Vorbehalt der Annahme des Voranschlages der Einwohnergemeinde Biel für das Jahr 2011 durch die Stimmberechtigten der Stadt Biel werden auf den 1. Januar 2011
  - 1.00 Stelle im Stadtarchiv
  - 2.00 Stellen in der Abteilung Liegenschaften
  - 1.70 Stellen in der Abteilung öffentliche Sicherheit und Bevölkerung, Bereich Gemeinde-Polizeiinspektorat
  - 1.00 Stelle in der Abteilung öffentliche Sicherheit und Bevölkerung, Bereich Bevölkerung
  - 1.80 Stellen in der Abteilung Schule & Sport, Leitung Bereich Schulen und Fachstelle Kindergarten
  - 5.50 Stellen in der Abteilung Schule & Sport, Kitas

8.65 Stellen in der Abteilung Erwachsenen- und Jugendschutz  
**definitiv geschaffen,**

2.00 Stellen Stadtarchiv  
**befristet geschaffen bis Ende 2013,**

4.55 Stellen im Arbeitsgericht und Mietamt

2.00 Stellen im Strasseninspektorat bzw. früher Stadtpolizei  
**gestrichen.**

2. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieser Beschlüsse beauftragt.

## **201. 20090024 Volkshochschule Leistungsvertrag / Verpflichtungskredit**

**Morier-Genoud Michèle, au nom de la Commission de gestion:** Nous avons sous les yeux un nouveau contrat de prestations entre la Ville de Bienne et l'Université populaire région Bienne-Lyss. Ce nouveau contrat vient compléter le contrat de prestations établi avec le Canton. Il concerne un montant alloué uniquement par la Ville de Bienne. Ceci a été rendu nécessaire par la fusion intervenue entre l'Université populaire et l'Association de formation des parents Biel/Bienne-Seeland, en 2009. La fusion a amené à l'augmentation de la subvention à l'Université populaire, pour un montant déjà attribué à l'Association des parents Biel/Bienne-Seeland de 40'000 fr. par année. En 2009, la subvention a passé de 90'000 à 130'000 fr. Dans un deuxième temps, pour la transparence des comptes, une valeur locative de 40'000 fr. a été ajoutée pour la location des locaux, entre autre à l'école Dufour et qui est équilibrée par une contre écriture. Le contrat de prestations est libellé pour trois ans, de 2011 à 2013, pour un montant global de 510'000 fr. Il s'agit essentiellement de cours de langues de français et d'allemand, dans le but d'améliorer l'intégration sociale et économique ainsi que d'offrir en matière d'éducation pour les personnes en situation de déficit éducatif. Par ailleurs, des indicateurs précis permettront d'évaluer ces différents cours et leurs impacts. Ces cours font partie d'une des offres de cours qui existent en Ville de Bienne et qui sont dispensés par d'autres organismes. La Commission de gestion a analysé ces différents documents et elle vous recommande d'accepter ce crédit d'engagement ainsi que les termes du contrat de prestations. Merci de votre attention.

**Moeschler Pierre-Yves, directeur de la formation, de la prévoyance sociale et de la culture:** Je n'ai rien de spécial à ajouter. C'est un développement heureux, que d'avoir vu l'Université populaire prête à reprendre les tâches de l'Association de formation des parents Biel/Bienne-Seeland. De ce fait, il est nécessaire d'approuver ce contrat de prestations. L'Université populaire fournit des prestations extrêmement précieuses, en particulier en ce qui concerne les cours de langues pour étrangers. L'Université populaire n'a pas le monopole de dispenser ces cours, d'autres institutions offrent cette prestation. La Direction de la formation, de la prévoyance sociale et de la culture, par le service de l'intégration, fait de la publicité pour ces cours par un dépliant commun, dont je ne manquerai pas de vous en amener quelques exemplaires demain. Je vous remercie de votre attention et surtout de votre approbation.



## Abstimmung

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 3. September 2010, gestützt auf Art. 39, Abs. 1, Bst. e der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1):

1. Für den Abschluss eines Leistungsvertrages zwischen der Einwohnergemeinde Biel und der Volkshochschule Region Biel-Lyss für die Jahre 2011-2013 wird ein Verpflichtungskredit von CHF 510'000 bewilligt.
2. Der Gemeinderat wird beauftragt, den Vertrag mit der Volkshochschule abzuschliessen.

## 202. 20100045 Voranschlag 2011

### Eintretensdebatte

**Rüfenacht Martin, GPK:** Bei einem Aufwand von CHF 359,5 Mio. und einem Ertrag von CHF 344,5 Mio. schlägt der Gemeinderat ein Budget mit einem Aufwandüberschuss von CHF 15 Mio. vor. Die Finanzierungsrechnung sieht Nettoinvestitionen von CHF 56,7 Mio., Abschreibungen auf das Verwaltungsvermögen und Finanzfehlbetrag von CHF 54,8 Mio. und ein Budgetdefizit von CHF 15 Mio. vor. Die Einlagen betragen etwas über CHF 1 Mio. und die Entnahmen aus Spezialfinanzierungen sind mit CHF 44,6 Mio. veranschlagt. So ergibt sich für Biel ein Bruttoselbstfinanzierungsgrad von 96,5%. Dies kann als gangbarer Weg angesehen werden. Die Nettoselbstfinanzierung hingegen ist mit einem Minus von 6,7% ungenügend. Was sagen diese grossen Zahlen aus? Ist dies ein Budget, wie es in den letzten zehn Jahren immer vorgelegt wurde oder ist es ein Sparbudget? Letzteres ist es sicher nicht. Es ist kein Sparwille erkennbar. Unter dem Strich ist es das gleiche Budget wie vor einem Jahr. Vor einem Jahr wurde ein Defizit von CHF 20 Mio. budgetiert. Im Budget 2011 wird der gleiche Betrag mit Entnahmen aus Spezialfinanzierungen auf CHF 15 Mio. beschönigt. Wo hätte ein Sparwille manifestiert werden können? Wo wäre er ersichtlich gewesen? Bei welchen Budgetpositionen kann der Gemeinderat überhaupt Einfluss nehmen, wo sind die Aufgaben nicht gebunden? Dies ist bei Sachausgaben, Honoraren und EDV-Ausgaben der Fall. Sicher besteht auch bei der Bildungs-, Sozial- und Kulturdirektion Handlungsbedarf. Dort besteht ein direkter Zusammenhang zwischen Stellenlosigkeit und Sozialhilfeempfangenden. Es müsste anders politisiert werden, als sich dies dem Budget entnehmen lässt. Die GPK wird sich nicht zu allen Direktionen äussern. Zu denjenigen Direktionen, bei welchen sie keine Bemerkungen hat, möchte ich jetzt im Eintreten etwas sagen.

**Präsidialstab:** Das Konto "Übriger Personalaufwand" erfährt eine gewisse Erhöhung. Die GPK stellte bei ihrem letzten Verwaltungsbesuch bei Herrn Huwiler fest, dass die Personalentwicklung eine wichtige Position ist. Es geht um die Ausbildung der Mitarbeitenden in der Kommunikation, in der Führung, im Krisenmanagement usw.. Solche Dinge sind wichtig und müssen gelernt werden. Es besteht ein gewisser

Handlungsspielraum und die GPK dankt den Verantwortlichen, dass in diesem Bereich eine gewisse Verbesserung ersichtlich ist.

**Sicherheitsdirektion:** Zu dieser Direktion wird sich Herr Sutter noch äussern. Ich möchte aber bereits jetzt sagen, dass in der GPK heftig über die Busseneinnahmen diskutiert wurde. Ist es sinnvoll, Einnahmen aus Bussen fiskalpolitisch auszuweisen? Die Rechnung 2009 weist einen Ertrag von CHF 3,2 Mio. aus. Im 2010 sollen die Busseneinnahmen CHF 5,3 Mio. betragen und 2011 sogar CHF 6,7 Mio.. Ist es richtig, die Stadtkasse mit Bussgeldern zu sanieren? Die Differenz zwischen 2009 und 2011 beträgt immerhin CHF 3,5 Mio., dies entspricht 0,5 Steuerzehnteln. Die GPK ist geteilter Meinung.

**Baudirektion:** Zu dieser Direktion wird sich Frau Strobel äussern. Es geht um eine Verschlechterung von CHF 450'000.- beim Sachaufwand. Die Details wird Frau Strobel bekanntgeben.

**Sonderrechnungen:** Hier möchte ich festhalten, dass die kantonale Gesetzgebung ein neues Finanzierungsmodell bei den Heimen festgelegt hat, welches per 2011 in Kraft tritt. Alle Heime, ob öffentlich oder privat, müssen finanziell gleich behandelt werden. Dies führt zu grossen Veränderungen. Die GPK hat bereits einen entsprechenden Vorstoss eingereicht.

**Gesamtbeurteilung:** In den letzten 10 Jahren wurden dem Stadtrat und Stimmvolk immer defizitäre Budgets präsentiert. Die Defizite waren meist in zweistelliger Millionenhöhe. Regelmässig wiesen die nachfolgenden Rechnungen dann aber einen Einnahmenüberschuss aus. Dieser wurde aber immer geringer. Ein Budgetdefizit von CHF 15 Mio. entspricht langfristig nicht den finanzpolitischen Zielsetzungen. Diese sehen eine ausgeglichene Rechnung im Durchschnitt über mehrere Jahre vor. Es kann sein, dass ein Defizit auf konjunkturelle Probleme zurückzuführen ist. Immer nur das Tafelsilber zu verkaufen, um das Blatt doch noch zu wenden, ist langfristig eine schlechte Lösung. Tatsache ist, dass die Ziele der Finanzstrategie ausgabenseitig weder im Personalaufwand noch im Sachaufwand noch im Bereich Abschreibungen erreicht wurden. Auf der Ertragsseite wurden diese Ziele jedoch erreicht. Wo hat der Gemeinderat Handlungsspielraum, wo kann eingespart und optimiert werden? Diese Frage steht im Zusammenhang mit gebundenen und ungebundenen Mitteln. Einerseits gibt der Kanton gewisse Aufgaben vor, andererseits muss wer einmal A sagt auch B sagen. Paradebeispiele sind wie gesagt Sachausgaben, Honorare, Personalausgaben und natürlich die Informatik. Im Gesamten ist nicht erkennbar, wo wirklich ein Sparwille vorhanden ist. Es fehlt eine restriktive Sachausgabenpolitik, es fehlen entsprechende Massnahmen. Bei den Personalausgaben muss sich das Parlament selber an der Nase nehmen. Einmal bewilligte Stellen sind nur schwer wieder eliminierbar. Strukturelle Massnahmen sind insbesondere in der Bildungs-, Sozial- und Kulturdirektion ein Muss. Eine gefährliche Eigendynamik ist in der Informatik erkennbar. Es ist richtig, dass Ausgaben, die über mehrere Jahre laufen, als Verpflichtungskredit dargestellt werden. Nur so kann das Parlament entscheiden, ob es diese Ausgaben tätigen will oder nicht. Somit kann es auch seine Verantwortung wahrnehmen.

Die GPK stellt fest: Die Steueranlage mit 1,53, die Liegenschaftssteuer mit 1%, die Hundetaxe mit CHF 100.- bleiben unverändert. Die Löhne werden mit 0,8% der

Teuerung angepasst. In Anbetracht des Vermögens der Stadt und insbesondere, angesichts den in der Strukturreform und in der Finanzstrategie formulierten Verbesserungsmassnahmen, kann diesem Budget zugestimmt werden. Oft lässt sich ein solches Defizit nicht mehr verkraften. Irgendeinmal kommt ultimativ ein "no deal". Die GPK empfiehlt Eintreten und stimmt dem Budget mehrheitlich zu.

**Isler Peter, Fraktion SP:** Die GPK gibt eine sehr kritische Begutachtung dieses Budgets ab. Eine zeitlang glaubte ich, sie wolle es zurückweisen, denn es sei kein Sparwille ersichtlich. Diese Aussagen gründen alle auf Tatsachen. Mit diesen Tatsachen ist die Fraktion SP einverstanden. Was kann zum Budget gesagt werden? Ich fand meinen Text zum Budget vom letzten Jahr und schlug der Fraktion SP vor, diesen nochmals vorzulesen. Damit war sie nicht einverstanden. Es wäre auch nicht richtig gewesen. Damit möchte ich sagen, dass das jetzige Budget nicht viel anders als das letztjährige ausfällt. Es ist ein gewöhnliches Budget. Das ausserordentliche an ihm ist, dass es nicht ausserordentlich ist. Der Stadtrat erwartete etwas anderes, un budget d'austérité, n'est-ce-pas? Eine Sparrunde wäre durchaus möglich gewesen. Es wurde gesagt, es sei nicht gespart worden. Dies stimmt natürlich nicht. Der Stadtrat weiss, wie ein solches Budget entsteht. Es entsteht dadurch, dass jede Direktion ihre Eingaben basierend auf den Vorjahren macht. Jeder Budgetposten hat eine Geschichte. Dies ergibt jedes Mal einen Fehlbetrag zwischen CHF 30 und 40 Mio.. Dieses Prozedere läuft immer gleich ab. Dieser Betrag wird anschliessend in einer Sparübung auf einen akzeptablen Betrag heruntergehandelt. Dieses Jahr beträgt er CHF 15 Mio., letztes Jahr waren es CHF 20 Mio., vorletztes Jahr CHF 10 Mio.. Das Defizit bewegt sich jedesmal ungefähr in der gleichen Grössenordnung. Aber es steht jedes Mal Arbeit dahinter. Das ist auch in Ordnung so. Es ist der Wille zu einem haushälterischen Umgang mit seinen Mitteln, welche einem Staat zur Verfügung stehen.

Das Defizit beträgt dieses Jahr also CHF 15 Mio., also ist alles ok. Dies stimmt so natürlich nicht, es ist überhaupt nicht ok. Abgesehen davon sind es nicht CHF 15 Mio. sondern CHF 20 Mio.. CHF 5 Mio. kommen aus einer Spezialfinanzierung (SF), aus einem geheimen schwarzen Kässeli, wie diese SF manchmal genannt werden. Ich hoffe, das kommt jetzt nicht mehr vor, da es eine ungeheuerliche Unterstellung ist. Die Konten der SF sind allen Mitgliedern des Stadtrats bekannt, sie sind auch dem Volk zugänglich. Es handelt sich um eine Reserve, welche sich die Stadt in den letzten Jahren aufgebaut hat. Sie sind das Resultat eines weisen, etwas aus der Mode geratenen Spruchs: "*Spare in der Zeit, dann hast du in der Not.*" So etwas Altmodisches - aber heute ist die Stadt froh darum. Die CHF 15 Mio. Defizit, welche heute angenommen werden sollen, beinhalten auch eine Gefahr, das ist der Fraktion SP bewusst. Sie weiss, dass sich das Umfeld geändert hat und nicht einfach damit gerechnet werden kann, dass die Rechnung dann schon positiv ausfallen wird, so wie es bisher der Fall war. Es ist durchaus denkbar, dass bereits die Rechnung 2010 und dann auch 2011 tatsächlich ein Defizit ausweisen werden. Dann ist die Stunde der Wahrheit gekommen und im Stadtrat muss über Prioritäten diskutiert werden. Er wird sich äussern müssen und sagen, wo er sparen will und wo nicht. Dies wird eine politische Debatte auslösen, auf welche sich der Stadtrat freuen kann. Der Gemeinderat hat bereits an der Finanzstrategie gearbeitet. Auf Seite 13 des vorliegenden Budgets sind schon gewisse Möglichkeiten bei den Einnahmen und Ausgaben aufgelistet. Darum muss sich der Stadtrat voraussichtlich im nächsten Frühling kümmern. Aus diesen Gründen ist die Fraktion SP mit dem Budget 2011

einverstanden. Sie ist damit einverstanden, dass jetzt nicht mehr gespart und nun geschaut wird, wie sich die Finanzen entwickeln werden. Es ist noch unklar, wie stark konjunkturelle Veränderungen Einfluss auf die Stadt haben werden. Deshalb ist die Fraktion SP der Meinung, es sei angebracht, dieses Defizit zu genehmigen. *"Wer an das Gute im Menschen glaubt, bewirkt das Gute."* Dies sagte ich letztes Jahr, vielleicht kann sich jemand daran erinnern. Die Stadt ist nach wie vor in einer Situation, in welcher sie zuversichtlich in die Zukunft blicken kann. Übrigens wird Jörg Steiner nächsten Dienstag 80 Jahre alt. Vielleicht sollte der Stadtrat etwas organisieren...?

**Rüfenacht Martin, GPK:** Ich muss eine kleine Präzisierung vornehmen. Ich sagte, die GPK habe den Voranschlag mehrheitlich angenommen. Sie stimmte ihm aber einstimmig zu.

**Güntensperger Nathan, Fraktion GLP:** Wenn ich das Grundlagenpapier der Grünliberalen Partei zur Finanzpolitik konsultiere, sticht eine Stelle zentral heraus: *"Heutige Schulden belasten zukünftige Generationen und drohen deren Handlungsfähigkeit und persönliche Freiheit massiv einzuschränken. Die Grünliberale Partei fordert deshalb einen Staatshaushalt, der unseren Kindern keine Schuldenberge hinterlässt."* Ich stehe hier als Stadtrat und Budget-Neuling einer jungen Partei, die sich erst seit wenigen Jahren in die Politik einmischt. Dies ganz im Gegensatz zu Herrn Stöckli, der nach 20 Jahren als Stadtpräsident, Gemeinderat und Finanzdirektor heute sein letztes Budget präsentiert. In all diesen Jahren schaffte er es - wenigstens meistens - die Forderung aus dem erwähnten Grundlagenpapier weitgehend umzusetzen. Er betrieb sozusagen unwissend grünliberale Finanzpolitik. *(Gelächter)* Umsomehr ist die Fraktion GLP enttäuscht, dass er mit dem Budget 2011 von diesem Pfad der Tugend abweicht. Es ist somit wahrscheinlich kein Zufall, dass jetzt, wo er die Finanzdirektion und den Gemeinderat verlässt, die Grünliberalen in diesem Stadtrat auftauchen und bestrebt sind, sich weiterhin für diese Tugenden in der Finanzpolitik einzusetzen.

Die Fraktion GLP setzte sich in den letzten drei Wochen mit dem Budget auseinander. Es fällt auf, dass die grössten Budgetposten vom Stadtrat nicht beeinflusst werden können. Umso mehr sollte er sich darauf konzentrieren, diejenigen Budgetposten zu diskutieren, bei denen tatsächlich Handlungsspielraum besteht. Bei der Medienkonferenz vom 10. Juni 2010 gab der Finanzdirektor einen wenig schönen Ausblick über die finanzielle Zukunft der Stadt. Es wurde von CHF 10 Mio. Mehrertrag und CHF 10 Mio. Aufwandreduktion gesprochen, um die drohenden Budgetdefizite bis 2013 wieder auszugleichen. Um dies zu erreichen, wurden mehrere Evaluationsprojekte präsentiert. Lassen Sie mich anhand von zwei dieser Projekte aufzeigen, weshalb die Fraktion GLP mit dem Budget nicht zufrieden ist. Das Projekt 1002 hat die Reduktion des allgemeinen Personalaufwands zum Ziel. Leider scheint dieses Parlament ein kurzes Gedächtnis zu haben, sonst hätte es die Stellenschaffungen vorhin nicht beschlossen. Die Personalkosten steigen gegenüber dem Rechnungsjahr 2009 um 8%. Das Projekt 1003 hat eine Reduktion des Sachaufwands zum Ziel. Davon ist im Budget nichts zu sehen. Im Gegenteil: wenn der gemittelte Aufwand der Rechnungsjahre 2008 und 2009 mit dem gemittelten Wert der beiden Budgetjahre 2010 und 2011 verglichen wird, steigt auch der Sachaufwand um 8%. Im Vergleich zwischen dem Budgetjahr 2011 und dem Rechnungsjahr 2009 alleine steigt er gar um 11%. Der (abzüglich der externen, ausserordentlichen

Erträgen) bereinigte Gesamtaufwand der Stadt steigt um 8% oder rund CHF 21 Mio. und gegenüber dem Rechnungsjahr 2009 um 7% oder CHF 18 Mio.. Der aufgrund von externen und ausserordentlichen Gewinnen bereinigte Ertrag sinkt um 1% oder knapp CHF 3 Mio.. Gegenüber dem Rechnungsjahr 2009 bleibt er gleich. Im Saldo resultiert ein Aufwandüberschuss von CHF 24 Mio. respektive CHF 18 Mio. gegenüber dem Rechnungsjahr 2009. Dies ist wahrlich nicht der Weg, den die Finanzdirektion gemäss ihrer Planung bis 2013 einschlagen wollte. Da sich die Einnahmen offensichtlich nicht verändern oder nicht einfach verändern lassen, muss der Stadtrat die Ausgaben in den Griff bekommen. Im Geist des grünliberalen Grundlagenpapiers kann die Fraktion GLP diesem Budget daher nicht zustimmen.

**Kaufmann Stefan, Fraktion Forum:** Der erste Satz meines Votums gilt Herrn Isler: Auch ich habe mich gefragt, ob ich für diese Debatte den letztjährigen Text vorlesen soll. Ich muss Herrn Isler enttäuschen, dies ist die einzige Gemeinsamkeit in unseren Voten. *(Gelächter)* Die Fraktion Forum war über dieses Budget frustriert. Letztes Jahr stand die Stadt am Abgrund und jetzt ist sie einen Schritt weiter. Erst im Sommer nahm der Stadtrat die Finanzstrategie des Gemeinderats zur Kenntnis. Ich stelle dennoch fest, dass das vorliegende Budget keines der vom Gemeinderat artikulierten Sparinteressen umsetzt. Ich sagte es bereits in der Debatte zu den Stellenschaffungen: wenn es das Ziel ist, 2013 eine ausgeglichene Rechnung zu präsentieren, muss jetzt in diesem Budget vorgegeben werden, in welche Richtung es gehen soll. Sonst reicht es nicht mehr. Wer schon einmal versuchte, im Privaten oder bei einer Unternehmung die Fixkosten zu senken, weiss, wie schwierig das ist und wie lange es geht, bis solche Massnahmen greifen. Dies ist nicht von einem Jahr auf andere realisierbar, ohne dass es stark schmerzt. In diesem Zusammenhang möchte die Fraktion Forum wissen, ob die Direktionen für den Budgetierungsprozess Sparvorgaben erhalten haben oder ob alle einfach budgetieren können, so wie es vorhin erwähnt wurde. Wer schon einmal einen Budgetierungsprozess ohne Vorgaben mitgemacht hat weiss, wie das geht: es wird einfach einmal 40% aufs Vorjahresbudget geschlagen, dies im Wissen darum, dass dann noch etwas gestrichen wird. Schlussendlich haben aber trotzdem alle mehr, als sie eigentlich wollten. Damit lässt sich auch der Anstieg beim Sachaufwand begründen. Der Vergleich zwischen den Budgets 2010 und 2011 hinkt. Für die Fraktion Forum ist der Vergleich zwischen der Rechnung 2009 und dem Budget 2011 massgeblicher. Es geht um keine lange Zeitspanne. Aus diesem Vergleich ist ersichtlich, dass der Sachaufwand um mehr als 10% und der Personalaufwand um fast 10% ansteigt. Letztes Jahr wurde das Budget mit einem Defizit von CHF 21 Mio. zähneknirschend angenommen. Deshalb kann heute einem Budget mit einem Defizit von "nur" CHF 15 Mio. auch nicht vorbehaltlos zugestimmt werden. Das Budget beinhaltet einen weiteren Effekt, der bisher noch nicht erwähnt wurde: im Budget 2010 waren, bedingt durch Investitionen der Stadt, fast CHF 17 Mio. mehr Abschreibungen vorgenommen worden. Wenn dies aufgerechnet würde, ist das Budget 2011 um etwa CHF 10 Mio. rötter als das Budget 2010. Dies gibt mir zu denken. Es müsste eigentlich allen zu denken geben. Nachdem über die Bussen bereits in den Vorjahren diskutiert wurde, übersteigt das heutige Budget alles: satte Mehreinnahmen von CHF 3,5 Mio. gegenüber der Rechnung 2009! Es ist äusserst problematisch, wenn Bussen nur noch fiskalen Charakter haben. Es fragt sich, ob die 1,7 Stellen nicht lieber bei der Finanzdirektion hätten angegliedert werden sollen... Ich möchte wissen, mit welchen Massnahmen diese Erhöhung begründet wird. Die Fraktion Forum kann dem vorliegenden Budget nicht zustimmen.

**Magnin Claire, au nom du Groupe des Verts Bienne:** La venue de ce budget était crainte. On a énormément peint le diable sur la muraille. Pour le Groupe des Verts, ce budget ne réserve pas de mauvaises surprises. Les prestations sont confirmées et les postes nécessaires ont été créés. Les investissements sont maintenus, mais plus prudents. Le déficit est calculé à 15 mio. fr. et à 20 mio. fr., si le financement spécial sur les recettes fiscales est pris en compte. Ceci est raisonnable pour le Groupe des Verts, au vu des réserves dont la Ville possède. Ce budget est-il crédible? Oui, pour le Groupe des Verts, car il y a une concordance entre les dépenses et les recettes, si nous les comparons aux comptes 2009. Le déficit budgétisé suit la courbe des revenus en baisse de 17 mio. fr. Les revenus fiscaux ont été prévus en légère hausse par rapport au budget 2010, mais bien inférieurs aux comptes 2009, ce qui nous semble assez réaliste. Les prélèvements sur les financements spéciaux ont été aussi prudemment diminués, sans que l'investissement soit drastiquement freiné, ce qui pourrait avoir des conséquences fâcheuses. Le Groupe des Verts soutiendra ce budget et vous dit à l'année prochaine. Merci.

### **Rückweisungsantrag**

**Kaufmann Stefan, Fraktion Forum: Die Fraktion Forum beantragt, das Budget zurückzuweisen.** Dies mit folgendem Auftrag an den Gemeinderat: "Der Gemeinderat erstellt ein Budget 2011 mit einem maximalen Defizit von CHF 10 Mio. bei unveränderten Einnahmen und einem maximalen Sachaufwand von CHF 32,35 Mio. gemäss Rechnung 2009."

**Stöckli Hans, Finanzdirektor:** Ich möchte den Stadtrat bitten, die Budgetdebatte ernst zu nehmen und ein vernünftiges Verhalten an den Tag zu legen. Das Eintreten ist zwingend. Dementsprechend müsste ein Rückweisungsantrag gestellt werden, bevor die Eintretensdebatte geführt wird. Damit würde klar, ob überhaupt diskutiert werden soll, oder ob das Budget zurückgewiesen wird. Ich erfuhr erst heute Abend von diesem Rückweisungsantrag und bin etwas überrascht. Im Verlauf des Nachmittags sollte das Budget noch wegen des Personalaufwands zurückgewiesen werden. Nun wurde offenbar ein neuer Text gefunden. Verstehe ich Herrn Kaufmann richtig, soll der Gemeinderat ein Budget erarbeiten, bei welchem allein bei der Ausgabenseite Veränderungen gemacht werden dürfen? Dies würde bedeuten, dass der Sachaufwand um etwa CHF 3 Mio. gekürzt werden müsste. Da die Baudirektion noch CHF 0,5 Mio. neben dem Plafond ist, müssten noch CHF 2,5 Mio. im übrigen Bereich, insbesondere beim Personal gekürzt werden. Dies entspricht ungefähr 25 Stellenstreichungen. Ich weiss nicht, ob sich die Fraktion Forum die Folgen einer solchen Rückweisung überlegt hat. Ich bin sehr überrascht. Der Gemeinderat definierte bei der Präsentation des Rechnungsabschlusses 2009 vollständig, wie er die Finanzen weiterhin im Griff behalten will. Der Stadtrat debattierte darüber. In dieser Strategie ist auch klar definiert, dass für die Jahre 2011, 2012 und 2013 Budgetziele bestehen. Das Budgetziel 2011 ist beispielsweise ein Defizit von CHF 15 Mio.. Bei der damaligen Debatte machte niemand eine Bemerkung dazu und der Gemeinderat erreichte dieses Ziel. Am Tag der Budgetberatung kommt die Fraktion Forum nun plötzlich mit diesem Antrag. Natürlich ist dies legitim. Es wäre aber praktikabler gewesen, wenn diese Forderung mittels Motion unmittelbar nach der Juni-Debatte gestellt worden wäre. So hätte sich der Gemeinderat entsprechend vorbereiten können. Ein Budget zu überarbeiten, ist keine einfache Sache. Dieser Prozess dauert in der Regel ein halbes Jahr! Nun soll das Budget also überarbeitet

werden, und erst noch nur auf der Ausgabenseite und mit der Vorgabe, CHF 3 Mio. beim Sachaufwand und im Gesamten CHF 5,5 Mio. einzusparen. Ich muss sagen, das ist in der verbleibenden Zeit unmöglich.

Der Budgetierungsprozess ist klar strukturiert. Der Gemeinderat gab Vorgaben und materielle Weisungen heraus. Es wurde eine erste Eingabe gemacht und alle Direktionen lagen massiv über den Vorgaben. Es wurde eine zweite Runde eingeläutet. Mit allen Direktionen wurden härteste Verhandlungen geführt. Ich möchte nun meine KollegInnen nicht bitten müssen, über alles zu berichten, worauf verzichtet werden musste. Der Gemeinderat kann jedoch nicht zaubern und ich kann mir nicht vorstellen, wie die im Rückweisungsantrag gestellten Forderungen erfüllt werden könnten. Ich empfehle dem Stadtrat, für die Jahre 2012 und 2013 mit Motionen zu arbeiten. Damit hat der Gemeinderat genügend Zeit, die entsprechenden Vorgaben anzupassen. Der Gemeinderat hielt genau das ein, was er dem Stadtrat im Juni bekannt gab. Ich bin der Meinung, das wäre der richtige Zeitpunkt gewesen, diese Zielsetzungen abzuändern. Ich bin auch erstaunt über den Sprecher der GPK. Vor einem Jahr unterbreitete der Gemeinderat Sparvorschläge, welche zum Teil heftig schmerzten. Praktisch alle Sparmassnahmen wurden damals vom Parlament abgelehnt. Aufgrund dieser Situation entschied sich der Gemeinderat, die Finanzstrategie zu definieren. So konnte dem Parlament bereits im Juni dargelegt werden, welche finanziellen Entwicklungen sich der Gemeinderat vorstellt. Die von der GPK inszenierte und von grossen Teilen des Stadtrats mitgetragene Anti-Sparpolitik hatte natürlich Auswirkungen auf die Verwaltung und auf den Gemeinderat. Nachdem der Gemeinderat im Juni seine Finanzstrategie vorstellte und keine Vetos eingingen, nahm er an, er handle im Sinn des Stadtrats. Niemand verlangte damals eine andere strategische Linie. Deshalb muss ich den Stadtrat ersuchen, diese Rückweisung abzulehnen und in die Detailberatung einzusteigen. Ich finde die Vorgaben der Fraktion Forum gut. Eigentlich erwartete ich immer solche Vorgaben, aber nicht am Tag der Budgetdebatte! Wie auch Herr Rüfenacht bemerkte, ist die Erstellung des Budgets ein langer Prozess.

Ich bin nicht glücklich über dieses Budget. Aber ich sagte mir, das Parlament kann erst von Sparmassnahmen überzeugt werden, wenn einmal ein negativer Rechnungsabschluss vorliegt. Dafür habe ich ein gewisses Verständnis. Während elf Jahren konnten immer schwarze Rechnungen präsentiert werden. Damit sank die Bereitschaft des Parlaments, schmerzhaft Sparmassnahmen zu unterstützen. Vorhin sah ich einen Vorstoss zum Thema Kultur, welcher von allen politischen Seiten unterschrieben wurde. Er verlangt massive Mehrausgaben. Ich staune: auf der einen Seite werden Rückweisungsanträge gestellt, auf der anderen Seite werden hüben wie drüben Mehrausgaben verlangt. Der Gemeinderat ist kein Zauberer! Er arbeitet mit harten Fakten.

Ich ersuche Herrn Kaufmann, den Rückweisungsantrag zurückzuziehen oder den Stadtrat, diesen abzulehnen. Ich empfehle aber Herrn Kaufmann, seine Vorstellungen zu finanzpolitischen Zielen jetzt zu deponieren. Im Juni 2011 schlägt die Stunde der Wahrheit. Dann wird das Rechnungsergebnis 2010 präsentiert und der Gemeinderat wird die Finanzstrategie erneut vorstellen. Dann ist noch genügend Zeit, um Massnahmen für das Budget 2011 zu ergreifen. Ich bitte den Stadtrat, seine Budgetvorgaben auf diese Art und Weise einzureichen. Dies übrigens nicht nur, weil es sich um mein letztes Budget handelt, sondern auch, weil es in der Kontinuität der

Budgetplanung adäquater ist. Übrigens steht Biel finanzpolitisch gut da. Die Stadt wurde letztes Jahr vom Institut de hautes études en administration publique (IDHEAP) als zweitbeste Gemeinde der Schweiz bezeichnet. Biel wurde in den letzten Jahren steuergünstig und kann mit vergleichbaren Städten und Gemeinden konkurrieren. Es besteht eine gute Ausgangsposition. Biel hat gewisse Rückstellungen und Vermögensbestandteile, welche es ermöglichen, eine schwierige Zeit zu überstehen, ohne allzu grosse Abstriche machen zu müssen. Aber es wird nicht ohne Einschnitte gehen. Diese Einschnitte müssen gemacht werden, wenn eine rote Rechnung vorliegt. Ich befürchte, dass diese Situation im Juni 2011 eintreten wird. Dann wird für meinen Nachfolger oder meine Nachfolgerin die Gelegenheit sein, den Pfad der Tugend fortzusetzen. Ich entschuldige mich für diese emotionalen Äusserungen und hoffe, der Stadtrat komme zu einem guten Entscheid.

**Kaufmann Stefan, Fraktion Forum:** Als im Juni die Finanzstrategie vorlag, ging die Fraktion Forum davon aus, dass ein Defizit von CHF 15 Mio. das Optimum sei, welches in diesem Budget realisiert werden kann. Wie Herr Isler forderte, hatte sie Vertrauen zum Gemeinderat. Vor drei Wochen wurde nun ein Budget vorgelegt, bei welchem das Optimum überhaupt nicht angestrebt wurde. Nun ist der Stadtrat immer im gleichen Dilemma: was tun? Letztes Jahr akzeptierte er das Budget zähneknirschend. Irgendeinmal muss nun Stopp gesagt werden. Es gibt zwei Möglichkeiten: das Budget wird zurückgewiesen oder abgelehnt. Die Fraktion Forum kann nicht hinter diesem Budget stehen, weil sie keinen Sparwillen sieht. Sie empfand die Rückweisung mit Vorgaben als bessere Variante. Die Fraktion Forum ist überzeugt, dass diese Vorgaben erreicht werden können. Deshalb hält sie an der Rückweisung fest und möchte darüber abstimmen lassen.

**Isler Peter, Fraktion SP:** Ich kann ja nicht nichts sagen nach meinem Votum von vorhin. Der Stadtpräsident und ich haben uns nicht abgesprochen, obwohl er ungefähr das Gleiche gesagt hat wie ich. Die Fraktion SP fand die vom Stadtpräsidenten erwähnten Schlüsse auch selber heraus. Ich möchte der Rechten und Mitte eine Frage stellen: Selbstverständlich ist es möglich, das Budget zu überarbeiten. Es kann an allen Ecken und Enden gespart werden. Beispielsweise kann das Salär des Stadtpersonals gekürzt werden, in der Kultur kann gespart werden. Beispielsweise könnte das Centre PasquArt geschlossen werden. Auch bei der Schuldirektion könnte viel Geld gespart werden, zum Beispiel bei den Horten. Das ist alles kein Problem, aber will das die Rechte und Mitte wirklich? Dass gespart werden kann, ist keine Frage. Der Schaden ist aber sehr gross, wenn dies jetzt in einer so kurzen Frist getan werden muss. Es gibt auch einen anderen Weg der Tugend, nämlich den, dass der Staat seine Rolle spielt und seine Aufgaben wahrnimmt. Ich finde das Verhalten der Fraktion Forum nicht korrekt. Ich hoffe nicht, dass sie davon ausgeht, dass die Linke das Budget sowieso annimmt und es die Rechte in dem Fall ablehnen kann, um in einem guten Licht zu stehen. Dies darf nicht die Haltung der Stadtratsmitglieder sein. Ich hoffe, dass der Rückweisungsantrag noch zurückgezogen wird.

**Baltzer Niklaus, SP:** Etwas missfällt mir an diesem Rückweisungsantrag speziell: Die Fraktion Forum gibt vor, in welcher Art und Weise das Budget überarbeitet werden soll. Damit werden die Strategievorgaben des Gemeinderats implizit untergraben. Diese sehen nämlich vor, dass die Einnahmen und Ausgaben in einem symmetrischen Verfahren angeschaut werden sollen, wenn Sparüberlegungen



gemacht werden. Es ist die Finanzstrategie der Fraktion Forum, nur ausgabeseitig zu sparen. Dies soll mit diesem Rückweisungsantrag durchgesetzt werden, ohne dass über diesen Punkt diskutiert werden kann. Dies behagt mir an diesem Vorschlag überhaupt nicht. Herrn Islers Verdacht, dass die Rechte hofft, ihr Rückweisungsantrag komme nicht durch, finde ich korrekt. Die finanzstrategische und -politische Diskussion, welche der Gemeinderat dem Stadtrat anbietet, würde damit umgangen. In Anbetracht einer demokratischen Diskussion des Budgets bitte ich die Fraktion Forum, den Rückweisungsantrag zurückzuziehen. Es soll demokratisch über die Strategie des Gemeinderats diskutiert werden. Meines Erachtens ist das Budget eine Basis, über welche diskutiert werden kann. Ich finde es nicht korrekt, dieses Vorgehen über einen Rückweisungsantrag zu umgehen.

**Sutter Andreas, Fraktion BVP plus:** Aus Sicht der Fraktion BVP plus ist das Schlechte am Vorgehen der Fraktion Forum, dass sie den Rat damit überrumpelt. Erst heute Abend erfuhr die Fraktion BVP plus, dass ein Rückweisungsantrag formuliert wurde. Auch sie wäre glücklicher gewesen, wenn sie bereits am Montag oder Dienstag davon erfahren hätte, dann hätte eine vorgängige Auseinandersetzung stattfinden können. Das Gute am Vorgehen des Forums ist, dass nun eine Debatte über finanzpolitische Grundsätze geführt werden kann. Die Fraktion BVP plus begrüsst dies an sich. Letztes Jahr war dies zu wenig möglich, da hat Herr Stöckli Recht. Zwar liess sich der Stadtrat über die Finanzstrategie des Gemeinderats informieren, er äusserte sich aber nicht dazu. Nun treten halt andere Vorstellungen zu Tage. Aus meiner Zeit im Grossen Rat sind mir lineare oder globale finanzielle Vorgaben noch gut bekannt. Die Verwaltung wird mit der Umsetzung derselben beauftragt. Ich nehme an, die Fraktion Forum stellt sich vor, dass das Budget nun einfach mit dieser Kürzung genehmigt werden kann und die Verwaltung diese im Verlauf des nächsten Jahres umsetzen muss. So geht das natürlich nicht! Es wäre richtig, solche Eckpfeiler zu gegebener Zeit zu definieren, so dass die Finanzplanung darauf ausgerichtet werden kann. Abgeleitet aus der Finanzplanung könnte dann die Budgetierung vorgenommen werden. Aus diesem Prozess resultieren die vorliegenden Zahlen. Tatsächlich ist es nun zu spät, zurück zum Anfang zu wollen und einen mehrmonatigen Prozess in einem Monat umsetzen zu wollen. Das ist nicht seriös. Ich weiss nicht, wie sich das Herr Kaufmann vorstellt. Wenn nun einfach eine Kürzung von CHF 5 Mio. beschlossen wird, ist das ziemlich schwierig. Gerade Personalentlassungen würden ja erst Mitte Jahr greifen. Die Zahlen, welche Herr Stöckli erwähnte, würden sich gar verdoppeln. Der Spareffekt wäre ja nur während sieben Monaten vorhanden. Damit müssten statt 25 Stellen 50 gestrichen werden, um den gewünschten Effekt zu erzielen. Das finde ich unseriös und die Fraktion BVP plus wird sich dem Rückweisungsantrag nicht anschliessen.

**Pichard Alain, GLP:** Letztes Jahr lobte ich als Fraktionssprecher die Finanzpolitik von Herrn Stöckli in höchsten Tönen. Ich erwähnte auch, dass ich in Basel und überall wo ich hingehe von Biel erzähle, wie sich die Stadt verbessert hat. Diese Entwicklung ist beispielhaft. Ich sagte aber auch, dass die Fraktion GLP das Budget nur zähneknirschend akzeptiert und ein ähnliches Budget in Zukunft nicht mehr annehmen würde. Die Fraktion GLP will die Personalfrage in den Griff bekommen. Die Personalbestände werden weiter erhöht, besonders in Segmenten, welche die Fraktion als nutzlos erachtet. Ganz viele Stellenschaffungen bringen die Stadt nicht weiter, trotzdem werden sie bewilligt. Deshalb sieht die Fraktion GLP keine andere Lösung, als nun einen Nagel einzuschlagen und zu sagen, jetzt ist Schluss. Wenn

immer wieder Stellen provisorisch geschaffen werden, muss auch einmal Einhalt geboten werden. Als Parlamentsneuling bin ich nicht ganz sicher, wie das richtige Vorgehen dazu aussieht. Aber aus heiterem Himmel kam der Rückweisungsantrag nicht! Die Fraktion GLP ist für eine nachhaltige Politik und wird die Fraktion Forum auf jeden Fall unterstützen. Sie muss nun entscheiden, wie sie mit dem Rückweisungsantrag weitermachen will. Die Fraktion GLP kann das Budget aber nicht annehmen, dies auch ihren Wählern zuliebe.

**Donzé Pablo, Les Verts Bienne:** Messieurs Isler et Kaufmann, je ne sais pas si vous avez remarqué, mais vous n'êtes pas les seuls qui disent la même chose que l'année passée. L'année passé, Monsieur Stöckli nous disait de faire quelque chose pour réduire le déficit. Il s'adressait à la gauche. Ce soir, il s'adresse à la droite. Durant une année, il n'y a eu aucune proposition allant dans ce sens venant du Groupe Forum. Je ne vois pas pourquoi nous devrions accepter un renvoi. Merci.

**Löffel Christian, EVP:** Der falsche oder der richtige Moment ist nie. Wenn einem etwas nicht passt, ist es immer der falsche und wenn jemand etwas erkennt, ist es immer der richtige Moment. Der richtige Moment, um etwas zu platzieren ist der, wenn etwas erkannt wurde, wenn Probleme erkannt werden. Deshalb ist jetzt der richtige Moment. Auch im nächsten Juni werden nicht alle einverstanden sein. Es werden immer 100 Argumente für und gegen etwas gefunden. Jetzt ist der richtige Moment zu intervenieren. Die Fraktion Forum tat dies vor einigen Monaten nicht, weil sie sich jetzt intensiver mit der Materie befasste. Vielleicht glaubt die Fraktion Forum an den Inhalt der Finanzstrategie des Gemeinderats und an die miserablen Zahlen im jetzigen Budget. Deshalb ist jetzt der richtige Moment zu handeln.

### **Abstimmung**

über den Rückweisungsantrag der Fraktion Forum: "Der Gemeinderat erstellt ein Budget für 2011 mit einem maximalen Defizit von CHF 10 Mio. bei unveränderten Einnahmen und einem maximalen Sachaufwand von CHF 32,35 Mio. gemäss Abschluss 2009."

### **Der Rückweisungsantrag wird abgelehnt.**

**Lachat Thomas, Stadtratspräsident:** In Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit wird die Sitzung hier abgebrochen. Sie wird morgen um 18.00 Uhr weitergeführt.

**203. Neueingänge**

<b>20100301</b>	<b>Überparteiliche dringliche Motion Stefan Kaufmann, Forum Biel/Bienne, Max Wiher, GLP</b>	<b>PRA/STK</b>
	Untersuchung Vorkommnisse im Erwachsenen- und Jugendschutz Enquête sur les incidents survenus au Département de la protection de la jeunesse et des adultes	BSK
<b>20100302</b>	<b>Dringliche Motion René Eschmann, BVP</b>	<b>FIN</b>
	Rasche Renovation und Eröffnung des Ausflugsrestaurants «Schützenhaus» Rénovation rapide et ouverture du restaurant touristique «Schützenhaus»	BAU
<b>20100303</b>	<b>Postulat urgent Alain Nicati, PRR</b>	<b>PRA</b>
	Salle du Conseil de ville au Bourg Stadtratssaal in der Burg	BAU
<b>20100304</b>	<b>Überparteiliche dringliche Interpellation Stefan Kaufmann, Forum Biel/Bienne, Max Wiher, GLP</b>	<b>PRA/STK</b>
	Vorkommnisse beim Erwachsenen- und Jugendschutz Incidents survenus au Département de la protection de la jeunesse et des adultes	BSK
<b>20100305</b>	<b>Überparteiliche Motion Marc Arnold, SP, Pascal Fischer, DE, Nathan Güntensperger, GLP</b>	<b>BAU</b>
	Strandbad Biel: Erhaltung und Ausbau des Strandbades zum vollwertigen Familien- und Schulbad Plage de Bienne: maintien et aménagement de la plage pour créer un véritable lieu de baignade pour les familles et les écoles	BSK/FIN/ PRA
<b>20100306</b>	<b>Motion Pablo Donzé, Groupe des Verts Bienne</b>	<b>BAU</b>
	Toiture végétale pour les nouveaux lotissements à toit plat Begrünte Dächer für die neuen Siedlungen mit Flachdächern	FIN
<b>20100307</b>	<b>Postulat Dana Augsburg-Brom, Fraktion SP</b>	<b>BSK</b>
	Bestandesaufnahme der Sportlektionen und der dazu zur Verfügung stehenden Turnhallen Inventaire des leçons de sport et des halles de gymnastique disponibles	BAU

<b>20100308</b>	<b>Postulat Commission de gestion</b>	<b>BSK</b>
	Avenir des homes publics biennois: quelle forme juridique dès 2011? Zukunft der Bieler APH: Welche Rechtsform ab 2011?	PRA/STK
<b>20100309</b>	<b>Postulat Überparteiliche Kulturgruppe / Teres Liechti Gertsch</b>	<b>BSK</b>
	Teuerungsanpassung bei den Kulturinstitutionen Adaptation au renchérissement pour les institutions culturelles	FIN
<b>20100310</b>	<b>Postulat Teres Liechti Gertsch, Fraktion SP</b>	<b>BAU</b>
	Kampf dem illegalen Müll Lutte contre le dépôt illégal de déchets	SID
<b>20100311</b>	<b>Interpellation Pablo Donzé, Groupes des Verts Bienne</b>	<b>BAU</b>
	Respect des zones à bâtir et densification urbaine Einhaltung der Bauzonen und städtische Verdichtung	FIN

**Schluss der Sitzung / *Fin de la séance*: 23.30 Uhr / heures**

---

**Der Stadtratspräsident / *Le président du Conseil de ville*:**

Thomas Lachat

**Die Ratssekretärin / *La secrétaire parlementaire*:**

Regula Klemmer

**Protokoll:**

Katrin Meister

Lilian Stähli

**Procès-verbal:**

Carole Aeschlimann

Claire-Lise Kirchhof